attac Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der Attac-Bewegung (25.04.2013)

Sand im Getriebe 102

Weltsozialforum in Tunis: Freude am Kampf für eine bessere Welt

Das Weltsozialforum, zu dem 50 000 Menschen vieler politischer Richtungen zusammenkamen, hat die Freude am Kampf für eine bessere Welt gestärkt. Es wurde von der tunesischen Gesellschaft extrem positiv aufgenommen. Es hat „*eine neue Dynamik des weltweiten Widerstands gegen die dramatische Armutspolitik der Herrschenden sichtbar gemacht.*“ (attac Deutschland). **Immanuel Wallerstein**, der alte Weise aus den USA, verlässt Tunis mit dem Résumé: „*Es war voller Debatten über die richtige politische Strategie für die Linke der Welt…Es war ein riesiger Erfolg.*“ --->

PDF-Version: *www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/*
Online Fassung: *http://sandimgetriebe.attac.at* ***Mail:*** *sig@attac.de*

Weltsozialforum	
Immanuel Wallerstein: Ein Treffen der globalen Linken	3
Attac De: Widerstand gegen Armutspolitik	4
Frauenversammlung	5
Eindrücke vom Weltsozialforum	6
Die Vielfalt des Weltsozialforums	7
Ernährungssouveränität /Landgrabbing	10
Aminata **Traoré**: Rekolonisierung von Mali	11
P. Strotmann: Würde ohne Entwicklung? Geht das?	13
M.D.Vernhes: Welche Entwicklung?	14
Tunesien	
Fathi Chamkhi: Wir haben in Tunesien eine neokoloniale Ökonomie	15
Basma Kalfaoui: Man ist dabei, das Volk mittels der Religion zu manipulieren	16
Aufstieg des globalen Südens	
W. Pomrehn: Erfolgreiche Aufholjagd - UN-Bericht über menschliche Entwicklung	18
Pepe Escobar: Auch der globale Süden steigt auf	20
Ecuadors Präsident Rafael Correa: “Es gibt gutes und schlechtes Wachstum”	23
Europa	
Attac Österreich: Zypern „Schock ohne Therapie“ /Steueroasen	25
Attac Frankreich zu Steuerflucht	26
Altersummit in Athen (7.-9. Juni)	27
Blockupy, Aktions- und Sommerakademien	28

(Vorwort - Fortsetzung)

Wir bringen mehrere Berichte von diesem Treffen der **globalen Mosaik-Linken**, z. B. von der **Versammlung der Frauen:** Dort berichteten sie über ihre Kämpfe für die Durchsetzung ihrer sozialen Rechte.
Sie riefen zur Solidarität auf und auch Parolen gegen den Einfluß der Religion auf den Staat
- denn dieser Einfluß bedroht die Durchsetzung ihrer Rechte. Gefordert wurde ein laizistischer Staat.
Aminata Traoré beschrieb auf mehreren Veranstaltungen das Leiden **Malis** unter den kriegerischen Versuchen, zwecks Rohstoffaneignung Afrika zu rekolonisieren.
Am Ende des Weltsozialforums wurden die Ergebnisse zusammengefaßt (**Konvergenz-Versammlungen**), es wurden Vereinbarungen für gemeinsame Aktivitäten getroffen – zu den Schulden, Ernährungssouveränität, Schutz der Umwelt (Klima), Migration, unnützen Großprojekten, Palästina, u.v.m. .
Die anwesenden **Gewerkschaften** wollen ihre Zusammenarbeit intensivieren; **Wirtschaftswissenschaftler** diskutierten ökonomische Alternativen und haben vereinbart, ein weltweites Netz aufzubauen.

Wir berichten auch von dem Ringen um **Tunesiens Entwicklung** hin zu einer Ökonomie, die Arbeit und gemeinsamen Wohlstand für alle bringt (s. auch das Programm der tunesischen „Front Populaire“ in SiG101), ohne in die Falle einer erneuten Abhängigkeit von externen Mächten (EU) oder internationalen Finanzinstitutionen (IWF) zu gelangen. Denn **Fathi Chamkhi** von ATTAC-Tunesien stellt fest:“ *Wir haben eine neokoloniale Ökonomie*“. **Basma Kalfaoui,** ,die Frau des gerade ermordeten Chokri Belaid, kritisiert: „*Die Regierung will die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die zu Tage treten, nicht anpacken.*“ Sie warnt: „*Man ist dabei, das Volk mittels der Religion zu manipulieren.*“

Auf Veranstaltungen zu den sozialen Bewegungen in den BRICS-Ländern untersuchten **Nicola Bullard, Samir Amin und Yash Tandon** die Frage, welche Lehren die G77, die ärmsten Länder (least developed countries), aus den Erfolgen der Schwellenländer (BRICS z.B.) ziehen können. Diese Erfolge - nicht nur in Produktion und Handel, sondern z.B. auch im Ausbildungs- und Gesundheitswesen - werden dokumentiert im diesjährigen UNDP- „**Human Development Report**“, unter dem Titel „**Der Aufstieg des Südens**“.
Erstaunlich für eine UN-Institution: die Triebkräfte für diese erfolgreiche Entwicklung werden im Primat der Politik über die Ökonomie ausgemacht. Bye bye „Washington Konsens“ also. **Pepe Escobar** beschreibt in einer Rezension von “*The Poorer Nations: A Possible History of the Global South*” von **Vijay Prashad** den mühsamen Lernprozess der Dritten Welt hin zum gegenwärtigen Aufstieg der BRICS-Länder. Diese sind „*weit davon entfernt, eine ideologische Alternative zum Neoliberalismus zu sein*“, aber zumindest sind sie es, die “*einen Hauch frischer Luft ermöglichen, um der stagnierenden Welt des neoliberalen Imperialismus Sauerstoff zuzuführen*”.„*Was klar offensichtlich ist, ist, dass der globale Süden genug hatte – von den Verwüstungen des Casino-Turbo-Kapitalismus bis hin zur NATO, die von Nordafrika bis Vorderasien den Robocop spielt.*“
In dieses Bild passt der Auftritt des ecuadorischen Präsidenten **Rafael Correa** vor 1700 begeisterten Zuhörern in der TU-Berlin. Er diskutierte auch das Dilemma, in dem ein kleines Entwicklungsland steht, das eigentlich gerne aus ökologischen Gründen die Rohstoffe im Boden lassen würde, aber, **weil der Norden seine Klima-Schuld nicht bezahlt**, darauf angewiesen ist, durch eigene Verarbeitung der Ressourcen des Landes Wertschöpfungsketten und Arbeit für alle zu schaffen, um Souveränität und Armutsbeseitigung – endlich – zu erreichen.

Das WSF ist der Schwerpunkt dieser Ausgabe. Der Kampf gegen die zerstörerische Kürzungspolitik in **Europa** ist aber auch Thema: Attac Österreich kritisiert die Troika-Maßnahmen gegenüber **Zypern** als „*Schock ohne Therapie*“ und fordert Sanktionen gegen die Steueroasen; Attac Frankreich organisiert eine Petition gegen **Steuerflucht** und -hinterziehung. Zum Widerstand, zum Aufbau einer Front europaweit gegen die Troika-Politik rufen die Organisatoren von **Blockupy** in Frankfurt und von **ALTERSUMMIT** in Athen auf.

Der Rundbrief ”Sand im Getriebe” ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen.
Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!
Coorditrad braucht noch Unterstützung! **www.coorditrad.attac.org**

Gedruckte Exemplare *von ”Sand im Getriebe” zum Selbstkostenpreis (1,50 €).* ***Bestellung*** *in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de.*
Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft
(Nr. 100: 3€ +porto; Bis zur Nr. 90: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften) Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann, Attac Deutschland
An dieser Nummer haben auch mitgewirkt:
Barbara Waschmann, Tina Wotruba, Catherine Köppl, Martin Birkner (Attac Österreich),
Mathias Mittergeber (für online-Fassung von SiG 101) - ViSPR: Peter Strotmann

Immanuel Wallerstein

Das Weltsozialforum 2013 in Tunis:

Ein Treffen der globalen Linken

Das Weltsozialforum (WSF) hat gerade sein – jetzt alle zwei Jahre stattfindendes – Treffen beendet, das dieses Mal in Tunis abgehalten wurde. Es wurde von der konventionell orientierten Weltpresse größtenteils ignoriert.
Viele SkeptikerInnen, die seine Irrelevanz bekundeten, nahmen daran teil – etwas, das bei jedem Treffen seit dem zweiten WSF im Jahr 2002 geschehen ist. Es wurde von Debatten über die Strukturen des WSF an sich zerrissen. Es war voller Debatten über die richtige politische Strategie für die Linke der Welt.

Und trotzdem war es ein riesiger Erfolg.
Eine Möglichkeit, seinen Erfolg zu ermessen, ist, sich zu erinnern, was am letzten Tag des vorherigen WSF-Treffens in **Dakar 2011** passiert ist. An jenem Tag mußte Hosni Mubarak die Präsidentschaft Ägyptens aufgeben. Es gab Applaus von allen beim WSF. Aber viele haben damal gesagt, daß gerade diese Handlung die Irrelevanz des WSF beweise. Sind denn irgendwelche der RevolutionärInnen in Tunesien oder Ägypten vom WSF inspiriert worden? Hatten sie überhaupt je vom WSF gehört? Doch zwei Jahre später hat sich das WSF in Tunis getroffen, auf Einladung gerade der Gruppen, die die Revolution in Tunesien in Gang gesetzt hatten, und die anscheinend der Meinung waren, dass das ein WSF in Tunis eine große Hilfe wäre in ihrem eigenen Kampf, die Fortschritte der Revolution gegen jene Kräfte zu bewahren, von denen sie glauben, dass sie die Revolution zügeln und eine neue unterdrückerische, antisäkulare Regierungsform an die Macht bringen wollen.

Die Losung des WSF ist seit langem „**Eine andere Welt ist möglich**“. Die TunesierInnen haben darauf bestanden, eine neue hinzuzufügen, die beim Treffen gleich prominent zur Schau gestellt wurde. Die Losung lautete „**Würde**“ -- auf allen Teilnehmerplaketten in sieben Sprachen. Auf vielen Weisen betont diese zusätzliche Losung das wesentliche Element, das die beim Forum anwesende Organisationen und Einzelpersonen zusammenführt – die **Suche** nach wahrer Gleichheit, welche die Würde jedes Einzelnen überall achtet und stärkt.
Das soll nicht heißen, dass es beim Forum völlige Übereinstimmung gab. Ganz und gar nicht! Ein Ansatz, um die Unterschiede zu analysieren, kann man als die Wiederspiegelung des Gegensatzes zwischen einer Betonung der Hoffnung und andererseits einer Betonung der Furcht zu sehen.

Hoffnung oder Furcht
Seinem Aufbau nach ist das Forum schon immer eine große und inclusive Bühne für TeilnehmerInnen von ganz links bis mittelinks gewesen.
In den Augen mancher ist das seine Stärke gewesen, die eine gegenseitige Erziehung der verschiedenen Tendenzen und verschiedenen Schwerpunkten ermöglicht – eine gegenseitige Beeinflussung, die mittelfristig zu gemeinsamen Handeln führen würde, um unser bestehendes kapitalistisches System umzuwandeln.
In den Augen anderer scheint das der Weg zur Vereinnahmung durch diejenigen zu sein, die nur bestehende Ungleichheiten abmildern wollen, ohne grundsätzliche Änderung.
Hoffnung kontra Furcht.

Parteien
Eine weitere Quelle ständiger Diskussionen war und ist die Rolle linker politischer Parteien im Transformationsprozess.
In den Augen mancher können ohne linke Parteien an der Macht keine bedeutende Änderungen erreicht werden, weder kurzfristig noch mittelfristig. Und wenn sie einmal an der Macht sind, halten diese Leute es für unerläßlich, sie an der Macht zu halten.
Andere lehnen diesen Gedanken ab. Selbst, wenn man solchen Parteien zur Macht verhilft, so meinen sie, so sollten die sozialen Bewegungen Abstand halten als kritische Kontrollinstanzen gegenüber diesen Parteien, die in ihrer tatsächlichen Praxis wahrscheinlich ihre Versprechen nicht erfüllen werden.
Wieder: Hoffnung kontra Furcht.

BRICS
Die Einstellung, die man gegenüber den Schwellenländern – den „BRICS“ und anderen – einnehmen soll, ist eine weitere Quelle der Uneinigkeit.
In den Augen mancher stellen die BRICS eine wichtige Gegenkraft zum klassischen Norden – den Vereinigten Staaten, Westeuropa, und Japan – dar.
In den Augen anderer besteht ein Verdacht, dass sich neue imperialistische Mächte herausbilden. Die Rolle Chinas in Asien, Afrika, und Lateinamerika heute ist besonders kontrovers.
Hoffnung kontra Furcht.

Programmatische Ziele
Die Gestalt des aktuellen Programms der weltweiten Linken ist eine weitere Quelle interner Debatten. In den Augen mancher ist das WSF gut gewesen, was das Negative betrifft – die Gegnerschaft zum Imperialismus und Neoliberalismus. Aber beim Vorschlagen konkreter Alternativen fehle es sehr. Diese Menschen fordern die Entwicklung konkreter programmatischer Ziele für die Weltlinke.
Aber in den Augen anderer würde gerade der Versuch, das zu machen, dazu führen, die Kräfte, die im WSF zusammengeführt werden, zu spalten und zu schwächen.
Hoffnung kontra Furcht.

Zu paneuropäisch?
Ein weiteres ständiges Diskussionsthema ist das, was man als die „Entkolonialisierung“ des WSF bezeichnet hat. In den Augen mancher lag das WSF von Anfang an zu sehr in den Händen von Menschen aus der paneuropäischen Welt, von Männern, von Älteren, und von anderen, die als den privilegierten Bevölkerungen der Welt entstammend definiert wurden. Das WSF als Organisation hat versucht, sich über seine ursprüngliche Basis hinaus zu verbreiten – indem es sich geographisch ausdehnt, indem es versucht, seine Strukturen immer deutlicheren Anforderungen der Basis anzupassen. Das ist eine ständige Anstrengung gewesen, und, wenn man sich die einzelnen Foren ansieht, ist das WSF in diesem Sinne immer umfassender geworden. Die Anwesenheit in Tunis von „neuen“ Organisationen aller Art – Occupy, Indignados, usw. – ist ein Beweis dafür.
In den Augen anderer ist man weit davon entfernt, dieses Ziel erreicht zu haben, bis dahin, daß einige bezweifeln, ob es wirkliche eine Absicht gegeben hat, dieses Ziel zu erreichen. Hoffnung kontra Furcht.

Der einzige Ort der globalen Linken
Das WSF ist als Raum des Widerstands gegründet worden. Zwölf Jahre später bleibt es der einzige Ort, wo alle Seiten dieser Debatten zusammenkommen, um die Diskussion fortzuführen. Gibt es Leute, denen die immer gleichen andauernden Debatten zum Halse heraushängen? Ja, natürlich. Aber es scheinen auch immer neue Personen und Gruppen anzukommen, die teilnehmen und zum Aufbau einer wirkungsvollen weltweiten Linken beitragen wollen.

Das Weltsozialforum lebt und gedeiht.

http://www2.binghamton.edu/fbc/commentaries/archive-2013/350en.htm
Übersetzung: Timothy SLATER, B. Lampe , coorditrad

Attac Deutschland
50.000 aus aller Welt im Widerstand gegen Armutspolitik

Das elfte Weltsozialforum hat mehr als 50.000 Menschen aus 127 Ländern in Tunis versammelt und wird unmittelbar vor seinem Abschluss von den Veranstaltern als außerordentlicher Erfolg gewertet. „*Dieses globale Treffen in Tunis hat nicht nur die Überlebensfähigkeit der Sozialforumsidee bestätigt sondern auch eine neue Dynamik des weltweiten Widerstands gegen die dramatische Armutspolitik der Herrschenden sichtbar gemacht. Der aufrührerische Geist des arabischen Frühlings hat auch die sozialen Bewegungen im Rest der Welt erreicht*“, sagte das Mitglied des International Council des WSF, Hugo Braun, der auch dem Attac-Koordinierungskreis angehört.

Mit einer ebenso bunten wie kämpferischen Eröffnungsdemonstration von 25.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, mit mehr als 1.000 Seminaren, Foren und Diskussionszirkeln sowie einer Vielzahl kultureller Veranstaltungen bot das Programm des WSF in Tunis das ganze Spektrum der Globalisierungskritik. Die Ursachen und Perspektiven der revolutionären Entwicklungen in Nordafrika nahmen einen besonderen Raum ein. Die Diskussionen um die weltweite Krise des neoliberalen Systems machten deutlich, das physische Armut nicht länger eine Massenerscheinung nur in den Ländern des Südens wäre. Die gemeinsame Betroffenheit habe die Notwendigkeit des gemeinsamen globalen Widerstands offenkundig gemacht. Ein weiterer thematischer Schwerpunkt wurde in einer Vielzahl von Veranstaltungen zu Problemen des Klima- und Umweltschutzes sichtbar.

Das Organisationskomitee des WSF schätzt, dass etwa 80 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Tunesien stammten. Die internationale Gewerkschaftsbewegung war mit rund 40 Organisationen vertreten. Aus Deutschland waren 37 Organisationen mit eigenen Aktivitäten auf dem Forum dabei, darunter neben Attac die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die evangelische Entwicklungsorganisation „Brot für die Welt“ aber auch Bildungseinrichtungen wie die TU Berlin oder die Universität Hildesheim.

Am Rande des WSF fand in Tunis auch ein Treffen des weltweiten Attac Netzwerks statt, auf dem Vertreterinnen und Vertreter aus 17 Ländern eine weitere enge Zusammenarbeit mit gemeinsamen Kampagnen zur Kritik der globalen Finanzmärkte vereinbarten.

Das WSF wurde am Samstag mit einer Abschlussdemonstration beendet. Eine Tagung des International Council hat am Sonntag und Montag über die weiteren Aktivitäten der Sozialforumsbewegung beraten.

http://www.attac.de/aktuell/presse

S. auch Hugo Braun:
http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=V656bmX5fkA

Die 600 Helferinnen und Helfer auf dem WSF

Das Weltsozialforum wäre nichts geworden ohne die Helferinnen und Helfer auf dem Campus – die jeweils die Hälfte des Tages im Einsatz waren, immer freundlich und sehr hilfsbereit. Manche waren StudentInnen, die in der darauffolgende Woche Prüfungen abzulegen hatten... Nur durch ehrenamtliche Unterstützung wurde auch die ***Übersetzung*** *ermöglicht – 150 DolmetscherInnen, die von einem technischen System unterstützt wurden, die die tunesische Gruppe (NOMAD) in Zusammenarbeit mit Elektronik-StudentInnen ausgebaut und verbessert hatte . Allen sei herzlich gedankt! mdv*

Das Schicksal der Migranten war Thema vieler Veranstaltungen

Françoise Kiéfé, Huayra Llanque, Jacqueline Pénit
– Gender-Kommission von ATTAC Frankreich

Frauenversammlung vom 26. März

Zur Eröffnung des Weltsozialforums (WSF) haben sich rund Tausend Frauen aus allen Kontinenten zur Frauenversammlung eingefunden. Im zum Bersten vollen Amphitheater sorgen die Frauen sitzend, stehend, Fahnen und Transparente schwenkend für einen fulminanten Auftakt des WSF. (1) Losungen der Solidarität werden gerufen. Im Hintergrund wehen Transparente des Weltfrauenmarsches neben Spruchbändern von Palästinenserinnen; eine aufgeräumte Stimmung und Emotionen sind spürbar. (2)

Zwei berberische Sängerinnen eröffnen die Versammlung mit wunderschönen traditionellen Liedern. Die Unterdrükkung durch die Männer und den Staat anprangernd, rufen sie zum Zusammenschluss und zur Solidarität auf. Die Präsidentin der Tunesischen Vereinigung demokratischer Frauen unterstreicht die grosse Mobilisierung der tunesischen Frauen für die Verteidigung ihrer Rechte. Sie kritisiert insbesondere den Verfassungsentwurf (3) und zieht - unter tosendem Applaus – den Schluss, „*dass es die Frauen sind, die die Konterrevolution verhindern werden.*“

Eine tunesische Aktivistin, die nach der Revolution 4 Monate im Gefängnis sass, ist beunruhigt und fragt sich, was die Gründe für diesen Rückschritt sind: keine einzige ihrer Forderungen (bezüglich der sozialen Rechte) ist in die Verfassung aufgenommen worden.(4) Sie bittet darum, nie zu vergessen, dass es die Arbeiter und ihre Frauen im Bergbaurevier von Gafsa waren, die zwei Jahre zuvor (2008) die Revolution in Gang gebracht hatten.

Eine Senegalesin erzählt von ihrer frühesten Diskriminierungserfahrung, als man sie im Bus nicht vorne sitzen liess, da dieser Platz den Männern vorbehalten war. Über die finanzielle Unabhängigkeit hinaus, „*müssen die Frauen Zugang haben zur Bildung und zur Unternehmungsgründung*.“ Das Erbe der Sklaverei und des Kolonialismus sei noch immer präsent, meint sie, bleibt aber positiv, wenn sie sagt, man dürfe nicht an den Erinnerungen haften bleiben.

In Polen fand unlängst ein tiefgreifender wirtschaftlicher und politischer Umbruch statt: in den 90er Jahren stoppten der IWF und die Weltbank die Politik der Öffnung für mehr soziale Rechte. Die gesamte soziale Wirtschaft lastet auf den Frauen: das Fehlen von Krippen und Kindergärten in Verbindung mit der Arbeitslosigkeit binden die Frauen zurück ans Heim, wo sie ihre Kinder erziehen und bilden.

Eine brasilianische Bäuerin betont, wie wichtig es ist, dass die Frauen, die gegen das Agro-Business und die Agro-Techniken kämpfen und sich für die Ernährungssouveränität einsetzen, Zugang zum Agrarland erhalten. Sie erinnert an die vielfache Gewalt, unter der Frauen in diesem Kontext leiden. (5)

Eine Französin liest die Erklärung vor, die die Frauenversammlung den Konvergenzversammlungen und der Versammlung der Sozialen Bewegungen unterbreiten wird. Das Netz „Paris dynamique femmes“ schlägt die Schaffung eines internationalen Solidaritätsnetzes vor, um die tunesischen Frauen in ihrem Kampf zu unterstützen.

Zum Schluss sei angemerkt, dass die Delegation algerischer Frauen und Gewerkschafter seit mehreren Tagen an der Grenze festgehalten wird und nicht am Forum teilnehmen konnte.

http://blogs.attac.org/forum-social-mondial-de-tunis/article/assemblee-des-femmes-mardi-26-mars *Übersetzung: Brigitte SIEGRIST, Lektorat: SiG-Redaktion*

Ergänzungen der SiG-Redaktion:
(1) Hunderte von Frauen riefen sehr starke Parolen gegen den fundamentalistischen Islam, es ging vor allem um die Durchsetzung ihrer Rechte, die durch den Einfluß der Religion auf den Staat bedroht sind; sie wollen einen laizistischen Staat. “Wir werden sterben... aber vorher werden wir die Islamisten von unserem Boden verjagt haben!“ *Shams Abdi, eine junge Frau der Marche Mondiale des Femmes:* "die Frauenfrage ist in den arabischen Bewegungen wichtiger als anderswo. Vorher, unter der Diktatur, hatten wir keine Meinungsfreiheit, keine Pressefreiheit; Jetzt dürfen wir sprechen.“
http://www.ciranda.net/article6989.html
(2) An der Frauenversammlung haben viele Männer teilgenommen. „In Tunis gibt es viele Vereinigungen, die die tunesischen Frauen darin bestärken, ihren Kampf fortzuführen – das hat uns Chokri Belaïd immer wieder gesagt.“
http://www.ciranda.net/article6989.html
*(3) Am 21. Oktober 2011 wurde die Verfassungsgebende Versammlung gewählt; Ein Passus der Verfassung soll die Frau als "*Gefährtin des Mannes*" und als dessen "*Ergänzung im Schoße der Familie*" kennzeichnen.*
(4) Ahlem Belhard, Präsidentin der tunesischen Vereinigung der demokratischen Frauen: „Wir leisten Widerstand, trotz vieler Schwierigkeiten. Es ist eine sehr entscheidende Zeit, denn wir müssen die Konterrevolution verhindern. Es ist wichtig, sich mit Aktivisten anderer Länder zu treffen, denn alle diejenigen, die am WSF teilnehmen, versuchen die Welt zu verändern und wir können uns dabei gegenseitig unterstützen.“
(5) Video der Rede:
http://vimeo.com/62853580

Eindrücke vom Weltsozialforum

Cornelia Klippenstein, attac Leipzig

Da ich über einfache Arabisch-Kenntnisse und über Erfahrungen mit den sozialen Bewegungen in anderen Ländern wie der Türkei verfüge, interessieren mich die politischen Entwicklungen in der arabischen Welt.
In den Tagen vor dem Weltsozialforum bekam ich durch verschiedene persönliche Kontakte durch meine WG, ihren Freundeskreis und durch ein interkulturelles Treffen mit tunesischen Studenten den Eindruck, dass in Tunesien eine starke **Umbruchstimmung** herrscht. Durch die politischen Umbrüche wurden viele Freiheiten erkämpft, die teilweise durch den Sieg der islamistischen En-Nahda-Partei wieder rückgängig gemacht wurden.

Von Seiten der tunesischen Bevölkerung gab es **großes Interesse am Weltsozialforum**. Mein tunesischer Mitbewohner und seine Freunde waren, auch wenn sie teilweise nicht am WSF teilnehmen konnten, sehr interessiert an dessen Verlauf und hielten es für eine große Chance für Tunesien und seine sozialen Bewegungen. Auch von anderen Personen erhielt ich unerwartet positive Reaktionen. Am Flughafen fragte mich ein Kellner, ob ich zum WSF nach Tunesien gekommen wäre, da er ebenfalls am WSF teilnimmt. In einem Internetcafe zeigte sich die an der Kasse arbeitende Frau besonders erfreut, als sie meine Teilnehmerkarte vom WSF sah, die ich zufällig noch um den Hals trug. Der Taxifahrer, der mich abends nach Hause brachte, wusste sofort, worum es sich beim WSF handelte. Nach den offiziellen Schätzungen des Organisationskomitees nahmen **45 000 Tunesier am Weltsozialforum** teil. Für ein kleines Land mit 10 Millionen Einwohnern finde ich diese Teilnehmerzahl eindrucksvoll. Schon dies verdeutlicht meines Erachtens die Bedeutung, die dem WSF beigemessen wurde.

Das Weltsozialforum dauerte fünf Tage. Am ersten Tag fand eine Demonstration statt, danach drei Tage selbstorganisierte Aktivitäten und eine Abschlussdemonstration für Palästina.

Unter den **selbstorganisierten Aktivitäten** gab es zahlreiche Veranstaltungen von **arabischen Gruppen**. Besonders häufige Themen waren hierbei die Stellung von Frauen in der Gesellschaft, Strategien für den Kampf in Syrien, der palästinensische Befreiungskampf und die Besetzung der Westsahara. Zusätzlich gab es auf dem Universitätscampus El-Manar, wo die wichtigsten Veranstaltungen des Weltsozialforums stattfanden, zahlreiche Infostände von tunesischen und anderen arabischen Organisationen. Ich war beeindruckt, wie zahlreich die Organisationen waren, die sich herausgebildet hatten.
In diesem Zusammenhang wurde in verschiedenen deutschen Medien (taz, Jungle World, Blog der Rosa-Luxemburg-Stiftung) über islamistische Stände auf dem Campus berichtet. Ich will nicht ausschließen, dass auf dem WSF Islamisten anwesend waren, aber ich habe keine islamistischen Stände gesehen. Ich habe religiös orientierte Infostände und Stände islamischer Wohlfahrtsorganisationen gesehen und zahlreiche Stände, deren Positionen in ihrem ausgelegten Informationsmaterial sehr schwammig beschrieben waren. Viele der Organisationen waren für mich politisch nicht einzuordnen und ich fand diese unzureichende Positionierung in der Tat seltsam. Ich habe aber keine konkreten islamistischen Forderungen sehen können. Ich will nicht in Abrede stellen, dass es Aktionen von Islamisten gab, die mir entgangen sein können, aber der Raum, der ihnen in vielen Beiträgen eingeräumt wird, überrascht mich.

Außerdem gab es **zahlreiche spontane Aktionen durch arabische Teilnehmer**, es wurde an vielen Stellen Musik gemacht und getanzt und dies gab dem WSF so etwas wie einen Festivalcharakter.

In den Medien wurde uns in Deutschland oft ein Bild vermittelt, dass es bei den Protesten in Tunesien und Ägypten hauptsächlich um den Sturz der Personen Ben Alis und Mubaraks ging. Den Medien Internet und Facebook wurde in den Beiträgen große Bedeutung eingeräumt. Daher hatte ich mir im Vorfeld oftmals die Frage gestellt, ob und wenn ja welche politischen Inhalte bei den Protesten und entstehenden sozialen Bewegungen eine Rolle spielen. Nach meinen Beobachtungen spielen **linke politische Forderungen** zumindest für die auf dem WSF anwesenden Akteure eine wichtige Rolle. Bilder des ermordeten sozialistischen Oppositionspolitikers Chokri Belaid waren an vielen Stellen zu sehen, auch beispielsweise T-Shirts, auf denen Che Guevara, Hugo Chavez und Chokri Belaid abgebildet waren. Häufig bei Kundgebungen und Konzerten war der Slogan zu hören: hubs, hurriya, karama wataniyya: **Brot, Freiheit, nationale Würde**.
Es ist mir ein wichtiges Anliegen, darauf hinzuweisen, dass es neben dem in den Medien so häufig erwähnten islamistischen Tunesien und islamistischen Teilnehmern auf dem WSF auch ein linkes Tunesien gibt.

Ich habe mich einen Nachmittag an der Betreuung des **attac-Stands** auf dem El-Manar-Campus beteiligt. Wir waren den ganzen Nachmittag über acht bis neun attacies an einem Infostand. Während der fünf Stunden, an denen ich am Infostand anwesend war, waren wir alle die ganze Zeit vollständig beschäftigt, Fragen von Besuchern zu beantworten. Viele der Interessenten kamen aus Tunesien und anderen arabischen Ländern. Nahezu alle fragten nach den Zielen von attac. Während man in Deutschland an Infoständen bei den Passanten oftmals auf Skepsis trifft, war ich völlig überrascht über das ernsthafte Interesse und die Neugier der Passanten. Den Stapel mit Informationsblättern über die Ziele attacs in arabischer Sprache musste ich ständig erneuern, da sich fast jeder Passant ein Blatt mitnehmen wollte.

Zum Abschluss möchte ich die Aussage eines tunesischen Teilnehmers in einem der Workshops zitieren: „*Für uns in Tunesien ist das Weltsozialforum sehr wichtig. Euer Slogan ist ‚Eine andere Welt ist möglich'. Uns zeigt das Weltsozialforum: ein anderes Leben ist möglich.*“

Said Salim, Attac Frankfurt

Das **Organisationskomitee**, bestehend aus der Gewerkschaft UGTT, der Union der arbeitslosen Absolventen UDC und der Menschenrechtsorganisation LTDH, hat maßgeblich dazu beigetragen, dass der Verlauf der gesamten Veranstaltungen sehr zufriedenstellend war. Die **Regierung** und Regierungsnahen Organe wurden von der Organisation und vom Verlauf der Veranstaltungen ferngehalten und haben sich auf die Sicherstellung der Sicherheit der Teilnehmenden beschränkt. Kein Regierungsmitglied hatte Zugang zu den WSF-Veranstaltungen gehabt. (...)
An der Universität, die ein offener Raum ist, sowie in der Abschlussdemonstration waren **Islamisten** und **Salafisten** vertreten, sie waren aber keine Teilnehmer am WSF und kein Teil der sozialen Bewegung Tunesiens, erwünscht waren sie nicht. Einige Vereine, die der islamistischen Bewegung nahe stehen und im Sozialfeld tätig sind, haben Stände an der Universität gehabt. Einige Vertreter der sogenannten „zivilen Gesellschaft“ einiger Länder waren eher Vertreter der Regierungen, die sie nach Tunis geschickt haben. Aber alles in allem war das Weltsozialforum ein **Raum für die sozialen Bewegungen weltweit**. (…)

Sand im Getriebe zum Weltsozialforum:
Die Zukunft des Weltsozialforums (2008): http://www.attac.de/uploads/media/wsf_reader_de_9okt.pdf
Sonderheft „Was wir wollen“ (2011) http://sandimgetriebe.attac.at/10213.html
Mehr: http://sandimgetriebe.attac.at/10342.html

Die Vielfalt des Weltsozialforums in Tunis

Angesichts der vielen parallelen Veranstaltungen (über 100) und der zahlreichen Aktionen der TeilnehmerInnen fällt es einem schwer, über das Weltsozialforum umfassend zu berichten. Wir stellen Informationsquellen zusammen, weisen insbesondere auf Videos und Fotos hin, die mehr als tausend Worte die hoffnungsvolle und kämpferische Stimmung auf dem WSF belegen.
Am Ende des Weltsozialforums fanden „Konvergenz-Versammlungen" statt, die zum Ziel hatten, themenbezogen eine Zusammenfassung der Debatten und möglichst konkrete Kampagnen zu verabreden. Einige dieser Themen dokumentieren wir mit Fotos bzw. Abschlusserklärungen.

Informationsquellen:
Die offizielle Seite: http://www.fsm2013.org
http://www.ciranda.net
Attac Fr.: http://blogs.attac.org/forum-social-mondial-de-tunis/
und die Pressemappe:
http://www.france.attac.org/sites/default/files/attac-fsm-tunis-dp.pdf
http://www.forumsocial.info/
http://www.forumdesalternatives.org/en/temas/world-social-forum http://cadtm.org/World-Social-Forum
Eine deutsche Seite mit vielen Dokumenten:
www.weltsozialforum.org

Videos:
Eröffnungsmarsch des WSF in Tunis mit Interviews von Saida Garrach, tunesischer Feministin und Rechtsanwältin, Houcine Abassi, Generalsekretär der tunesischen Gewerkschaft UGTT, Sergio Bassoli vom CGIL und Samir Amin:
http://www.wsftv.net/Members/focuspuller/videos/tunis2013-world-social-forum-opening-rally
Einige Lieder und Tänze, auch Kundgebungen auf dem Weltsozialforum: http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=G4YGyqXHXjw#!
Eine Bilanz von Christophe Aguiton:
http://www.youtube.com/watch?v=-p4Rb7gh8D4
***Weitere Videos über das WSF 2013**:*
www.kontext-tv.de, http://www.wsftv.net/

Forum des Associations des Luttes Démocratiques de l'Immigration (FALDI).Gegründet am 8.9.2012 Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit für alle!

Sowohl Palästina als auch Westsahara haben viele Menschen bewegt

Vom 24.März bis zum 30.März fand auch das ***„Weltforum der freien Medien"*** *statt:* **http://www.fmml.net/**

Die Konvergenz-Versammlungen:

Die Liste ist nur sehr vorläufig,
die Texte sind noch nicht auf deutsch übersetzt!

Erklärung der **Gewerkschaften** auf dem WSF:
http://www.fsm2013.org/fr/node/13477

Schluss mit **Rassismus**, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierungen – Grundlagen des Kolonialismus:
http://www.fsm2013.org/fr/node/13475

Charta gegen große **unnütze und aufgezwungene Projekte**
http://www.fsm2013.org/fr/node/12996

„Hier und jetzt eine andere Welt! (Zur solidarischen Ökonomie): http://www.fsm2013.org/fr/node/12978

Zur sozialen Sicherung: http://www.fsm2013.org/fr/node/12979

Palästina: http://www.fsm2013.org/en/node/12995

Zum Klima: Erklärung der Gruppen/Organisationen, die eine Reihe von Workshops/ Veranstaltungen organisiert haben:
http://climatespace2013.wordpress.com/2013/04/22/pour-reprendre-notre-avenir-en-main-nous-devons-changer-le-present-nos-proposition-pour-changer-le-systeme-pas-le-climat/

Mehrere Workshops über die Wohnsituation:
http://www.habitants.org/

Erklärung der Versammlung zu Schulden (29. März 2013 in Tunis)

In Erwägung,

• dass Schulden seit dem 15. Jahrhundert historisch das am meisten genutzte **Instrument zur Kolonisierung** waren, mit dem Völker und ihre Traditionen ausgeplündert, beherrscht, unterworfen, erniedrigt und zerstört wurden,

• dass die Schulden des globalen Südens bereits mehrfach zurückgezahlt wurden und einen mächtigen **Mechanismus** darstellen, im Süden wie im Norden, um Reichtum von den arbeitenden Menschen zu den Kapitalbesitzern **umzuverteilen**,

• dass Schulden auch der wichtigste **Hebel für ausländische Interventionen** und die Einmischung von Finanzinstitutionen sind, um, mit der Komplizenschaft der herrschenden Eliten, die Souveränität von Staaten zu verletzen, die Völker zu verarmen und ihre wirtschaftlichen und sozialen Rechte brutal zu beschneiden,

• dass die **multinationalen Konzerne** und die industrialisierten Länder eine irreversible Störung des ökologischen Gleichgewichts und des Klimas verursacht haben, die eine **ökologische Schuld** darstellen,

• dass die Verschuldungsmechanismen sich auf der ganzen Welt besonders negativ auf das Leben von **Frauen** auswirken, da sie ihre finanzielle Unabhängigkeit angreifen - eine der Säulen ihrer politischen und sozialen Emanzipation,

• **bekräftigen wir -** Organisationen und soziale Bewegungen, inspiriert vom Beispiel des Kampfes von Thomas Sankara, der für die Befreiung der Völker von der Knechtschaft der Schulden eintrat -, dass die Völker Arabiens und des Maghrebs die Flamme des Kampfes dafür wieder entfacht haben, wieder selbst über ihr eigenes Schicksal zu bestimmen und sich nach eigenen Vorstellungen zu emanzipieren, um ein Leben in Freiheit und Würde zu führen,

• **unterstützen wir** mit all unserer Kraft und Entschlossenheit alle Kämpfe überall auf der Welt für die Befreiung der Völker aus der Knechtschaft der Schulden,

• **weisen wir die Austeritätspolitik zurück**, die auf der ganzen Welt umgesetzt wird,

• **unterstützen wir** alle Kampagnen für ein Bürgeraudit der Schulden, um alle Schulden, die illegitim und verabscheuungswürdig sind, zu identifizieren und bedingungslos zu streichen und rufen dabei insbesondere zu feministischen Audits auf, die alle gesellschaftlichen Schulden berücksichtigt, durch die Frauen zu Schuldnern wurden,

• **lehnen wir** jegliche Restrukturierung von Schulden ab, die in unseren Augen die verabscheuungswürdigen und illegitimen Schulden rein waschen,

• **verurteilen wir** mit Nachdruck jeden Druck und Beeinflussung, mit denen versucht wird, die Annahme von Gesetzesvorschlägen zur Überprüfung der Schulden in Tunesien oder anderswo zu verhindern.

Wir schulden nichts, wir zahlen nichts!

Erstunterzeichner:

ACET (Auditons les Créances Européennes envers la Tunisie)
AFRODAD (African Forum and Network on Debt and Development)
ATTAC Genre
CADTM International (Comité pour l'Annulation de la dette du tiers monde)
Casa della Sinistra „Thomas Sankara", Italie
CNCD Belgique
Coordinadora un altre Mon es possible, Etat espagnol
Egyptian Center for economic and social rights (ECESR)
ELA, Pays Basque, Etat espagnol
GREEN HOUSE, Royaume-Uni
Intersindical Valenciana, Spanien
JUBILE SUD AMERIQUES
JUBILE UK
LATINDADD
MARCHE MONDIALE DES FEMMES
NIE NASZ DLUG (Not Our Debt), Pologne
PLATAFORMA AUDITORIA CIUDADANA DE LA DEUDA (PACD), Etat espagnol
POPULAR CAMPAIGN TO DROP EGYPT'S DEBT, Egypte
RIVOLTA IL DEBITO, Italie
SOLDEPAZ PACHAKUTI, Etat espagnol
SUD BPCE, France
ΧΩΡΙΣ ΧΡΕΟΣ ΧΩΡΙΣ ΕΥΡΩ, Thessalonique Grèce
ZUKUNFTSKONVENT, Allemagne

http://cadtm.org/Declaration-de-l-Assemblee-dette

Versammlung der sozialen Bewegungen auf dem Weltsozialforum 29. März 2013

Vorbemerkung, mdv: Die große Mehrheit der ca. 1500 TeilnehmerInnen haben aus dieser Versammlung eine lautstarke Kundgebung gemacht, wobei die Sprachbarrieren es sehr erschwerten, das sich gerade Abspielende zu begreifen. Auf der Versammlung selbst gab es eine Reihe von Reden, insbesondere von Fathi Chamkhi (attac Tunesien)- in dieser Zeit wurde der Saal ruhiger. Eine Reihe von teilnehmenden Organisationen hatten eine Erklärung vorbereitet. Diese Erklärung wurder nur vorgelesen, es gab vor und während der Versammlung keine schriftliche Vorlage. Das Vorlesen geschah in arabisch und spanisch. Die Lautstärke der Versammlung verhinderte es, das Vorgelesene gut zu verstehen – eine Übersetzung war nicht zu hören. Aus diesem Grunde ist der hier verlinkte Text keine Erklärung der sozialen Bewegungen in Tunis, sondern vielmehr das Ergebnis von einer Übereinstimmung zwischen mehreren Organisationen, das die Vielfalt der Themen des WSF widerspiegelt.
Text der Erklärung auf Englisch: http://www.fsm2013.org/en/node/12972
Text der Erklärung auf Französisch: http://www.fsm2013.org/fr/node/12973
Text der Erklärung auf Deutsch: http://weltsozialforum.org/2013/2013.wsf.erklaerung/index.html

*Gegen Ende dieser Versammlung – als schon drei Viertel der TeilnehmerInnen weg waren – kam es zu einer erheblichen Störung der Versammlung durch einige Marokkaner, die Westsahara als einen Teil von Marokko betrachten. Sie traten damit gegen die auf dem WSF stark vertretene Unabhängigkeitsbewegung Westsaharas auf. Sie versuchten, die Lesung des letzten Teils der Erklärung gewaltsam zu unterbrechen, in der für „das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und auf Souveränität in Palästina, in der Westsahara sowie in Kurdistan" eingetreten wurde. Solche Störungen hatten schon auf früheren WSF stattgefunden. „*Wir erinnern daran, dass Personen aus Marokko oder der marokkanischen Diaspora in Europa, die sich auf die Zivilgesellschaft beriefen, bereits ähnliche Handlungen während des Mittelmehrsozialforums, das 2005 in Katalonien stattfand, begangen hatten. Ebenso während des Weltsozialforums 2011 in Dakar, wo sie während der Frauenversammlung die Unterstützung der Selbstbestimmung der Frauen aus der Sahara verhindert haben. Außerdem haben sie in Dakar systematisch provoziert und die Aktivitäten gestört, welche die Delegation aus der Westsahara organisiert hatte." *(mehr: http://cadtm.org/Declaration-finale-de-l-Assemblee)*

Via Campesina: Ernährungsouveränität!

Via Campesina auf dem Weltsozialforum (auch Einblick in die Stimmung auf dem WSF): http://vimeo.com/62801300
Drei Beiträge auf einer Veranstaltung von Via Campesina:
- Mohamed HAKECH (Generalsekretär der Marokkanischen Gewerkschaft der Landarbeiter) http://vimeo.com/62921697#
- Ibrahima Coulibaly - Gründer der Nationalen Koordinierung der Bauernorganisationen in Mali (CNOP)) - stellt die Kämpfe in Mali und in Afrika um die Ernährungssouveränität http://vimeo.com/62906004
- Nandini Jairam (India) , Mitglied von La Vía Campesina und Bäuerin aus Karnataka http://vimeo.com/62906005

Attac Österreich: Neue Studie: EU fördert Land Grabbing und Landkonzentration in Europa

Eine neue internationale Studie* deckt auf: Land Grabbing ist nicht nur ein Problem des globalen Südens sondern schreitet auch in Europa voran: Drei Prozent der Grundbesitzer kontrollieren die Hälfte der landwirtschaftlichen Flächen in Europa. Diese „Landeliten" werden im Rahmen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) aktiv durch öffentliche Gelder gefördert. Kleinbäuerliche Betriebe hingegen erhalten immer weniger Förderungen und werden zunehmend verdrängt.

In Spanien haben 2009 16 Prozent der größten Produzenten 75 Prozent der Subventionen erhalten. In Italien haben 2011 0,29 Prozent der Höfe 18 Prozent der gesamten GAP-Förderungen für sich beansprucht. In Ungarn war es dagegen der Mehrheit der Kleinbauern in den ersten sechs Jahren nach dem EU-Beitritt rechtlich nicht möglich Förderungen zu beantragen 93 Prozent der ungarischen bäuerlichen Bevölkerung vom Fördersystem ausgeschlossen. Zusammen mit den niedrigen Bodenpreisen war das eine Einladung für Land Grabbing.
„*Die Konzentration von Landbesitz hat sich in den letzten Jahrzehnten vor allem in Osteuropa extrem beschleunigt und erreicht Dimensionen wie in Brasilien, Kolumbien oder den Philippinen – alle bekannt für ihre ungleiche Verteilung von Land*", kritisiert Brigitte Reisenberger von FIAN Österreich. Die Studie befasst sich mit der enormen Landkonzentration in Spanien, Frankreich, Deutschland, Italien und Österreich und behandelt Fallbeispiele für Land Grabbing in Rumänien, Ungarn, der Ukraine, Bulgarien und Serbien. „*So wie ihre Pendants in Äthiopien, Kambodscha oder Paraguay gehen die großflächigen Landdeals geheim und höchst intransparent über die Bühne.*"

In der Ukraine kontrollieren die zehn größten Agrarholdings ungefähr 2,8 Millionen Hektar, in Serbien die vier größten Landbesitzer zusammen mehr als 100.000 Hektar. In Rumänien sollen bereits sechs Prozent des Agrarlands in den Händen von transnationalen Konzernen sein. Der mit italienischem Kapital gefütterte Konzern Emiliana West Rom bewirtschaftet über 10.000 Hektar. Agro Chirnogi mit den größten Anteilseignern im Libanon kontrolliert stolze 20.000 Hektar. In Rumänien, Serbien und Ungarn sind auch österreichische Investoren aktiv, die sich im großen Stil Land angeeignet haben. In Ungarn befinden sich ungefähr 1 – 1,5 Millionen Hektar Land in den Händen von ausländischen Investoren, viele von ihnen aus Österreich. Laut der Studie wurden in Dörfern nahe der österreichischen Grenze bereits 80 Prozent des Agrarlandes von ihnen aufgekauft. Der Bericht dokumentiert auch chinesische Unternehmen in Bulgarien, oder Hedge-Fonds aus dem mittleren Osten in Rumänien, die in die großflächige Getreideproduktion drängen, um Profit aus der zunehmenden Spekulation mit Land und Agrargütern zu schlagen.

Der Bericht zeigt jedoch auch, dass die Menschen in Europa eindrucksvoll Widerstand leisten. In der Gemeinde Narbolia auf Sardinien kämpfen die Menschen gegen die Umwandlung von ursprünglichem Agrarland in riesige Solar-Gewächshaus-Projekte; in Nantes, Frankreich, gegen das "Notre-Dame-des-Landes" Flughafen-Projekt. Wie bei vielen sozialen Bewegungen im globalen Süden kommt es auch in Europa immer öfter zu Landbesetzungen. In Andalusien besetzen landlose Landarbeiter Agrarflächen und bewirtschaften sie agroökologisch. „*Auch in Wien hat die Initiative Solidarisch Landwirtschaften! (SoliLa!) in Jedlersdorf 2012 Agrarflächen der Universität für Bodenkultur besetzt, um die Umwandlung für kommerzielle Zwecke zu verhindern und für den Aufbau einer Solidarischen Landwirtschaft (CSA) zu nutzen*", erklärt Franziskus Forster von AgrarAttac.

„***Der Zugang zu Land ist eine Grundvoraussetzung um Ernährungssouveränität in Europa zu erreichen.*** *Doch die aktuelle EU-Agrarpolitik erschwert diesen Zugang, indem sie Landkonzentration und Land Grabbing fördert und verschärft*", so Irmi Salzer von Via Campesina Österreich. "*Wir alle sind von der Ressource Land abhängig. Land muss daher als öffentliches Gut betrachtet werden. Zugang zu Land sollten jene bekommen, die darauf arbeiten. Kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft muss Vorrang gegenüber konzentrierter, kommerzialisierter und industrialisierter Landwirtschaft bekommen, die nur den Profitinteressen einiger Weniger dient.*"

* Landkonzentration, Land Grabbing und Widerstand in Europa. Studie der Europäischen Koordination Via Campesina (ECVC) und des Netzwerks „Hands off the Land" (HOTL). Zusammenfassung: http://www.attac.at/uploads/media/HOTL-ECVC-Executive-Summary-FINAL_GESPERRT.pdf
http://www.attac.at/news/detailansicht/datum/2013/04/17/lg.html

Aminata Traoré
Mali wird rekolonisiert

Auf dem Weltsozialforum war Aminata Traoré eine sehr gefragte Rednerin, aber als Gegnerin der französischen militärischen Angriffe in Mali wurde ihr zunächst (19.4.) ein Visum für Europa verboten (s. Kasten unten). Sie ist seit Jahrzehnten in Mali und Afrika gegen die verheerenden Auswirkungen des Neoliberalismus aktiv, hat am ersten Afrikanischen Sozialforum 2002 teilgenommen (http://www.africansocialforum.org) und an der Organisation des Weltsozialforums in Bamako (2006), ist Präsidentin des afrikanischen Zusammenschlusses „Schulden und Entwicklung" (http://www.cadmali.org) und ist Koordinatorin des Forums für ein anderes Mali (http://www.foram-forum-mali.org/). Von 1997 bis 2000 war sie auch Kulturministerin in der malischen Regierung. Kontext TV hat sie in Tunis interviewt.

Kontext:
Wenn vom Konflikt in Mali die Rede ist, spricht man viel von Sicherheit, von Islamismus, Terrorismus aber selten von Wirtschaft. Was ist die wirtschaftliche Situation in Mali und welche Rolle spielt die Wirtschaft in dem jetzigen Konflikt?

AT:
Man schließt die wirtschaftliche Dimension absichtlich von den Debatten aus. Denn wenn wir von der Tatsache ausgehen, dass Mali zuerst der Modellschüler der internationalen Gemeinschaft war, was wirtschaftlichen Liberalismus und liberale Demokratie angeht, und wenn nach 22 Jahren versuchter Demokratisierung – die von der internationalen Gemeinschaft stark finanziert wurde – wenn ein solches System zusammenbricht, dann muss man sich logischerweise fragen: Warum ist der Norden des Landes in diesem Zustand, warum die Rebellion, warum der Staatsstreich? Aber unser Land wird von Medien dominiert, die keinen Raum für Diskussionen lassen, keinen Raum, um uns darüber bewusst zu werden, was uns passiert. So heißt es, alles habe am 17. Januar mit der Tuareg-Rebellion angefangen– aber es hat nicht alles am 17. Januar mit der Tuareg-Rebellion angefangen!

Die Rebellion der Tuareg fand in einem explosiven wirtschaftlichen und politischen Rahmen statt. 2011 gab es wie überall – neben der Indignados-Bewegung, der Bewegung gegen die Wallstreet, den Aufständen in Nordafrika – auch in Mali Proteste und Demonstrationen – über die aber in den Medien nicht berichtet wurde.
Niemand in Mali ist heute zufrieden, nach drei Jahrzehnten eines wilden Neoliberalismus, den ich als mafiös betrachte, weil eine Handvoll von Eingeweihten, von angeblichen Liberalen, die nationale Wirtschaft kontrolliert. Diese Mafia ist die wirtschaftliche und politische Elite nach dem Staatsstreich – der nicht die Ursache der Probleme ist, sondern eine Folge, da die Armee und die anderen Institutionen durch Korruption verseucht werden.

Man hat der sogenannten internationalen Gemeinschaft, der Öffentlichkeit im Westen, ein Bild von Mali gezeigt, das das Land gedemütigt – als sei es ein gescheiterter Staat, als gäbe es keine Zivilgesellschaft – als ob wir nicht existieren würden. Die Malier sind nicht mehr da, also soll uns die internationale Gemeinschaft retten. Wegen dieses verzerrten Bildes halte ich Mali für eine perfekte Illustration des Betrugs des aktuellen Systems.

Keine Wertschöpfung, keine Schaffung von Arbeitsplätzen

AT:
Wie in anderen Ländern auch, hatten wir ab den 80er Jahren ein wirtschaftliches Modell, das vom Export von landwirtschaftlichen Produkten abhängt – in unserem Fall ist es die Baumwolle. Dieses Modell kann selbstverständlich nicht ausreichen, da wir keine Industrie haben. Unsere Baumwolle wurde und wird zum größten Teil exportiert. Also keine Wertschöpfung, keine Schaffung von Arbeitsplätzen. Wir waren vom Preis auf dem Baumwollmarkt abhängig. Kredite wurden uns in Wirklichkeit nur gewährt, um Projekte aufzuziehen, die nicht den sozialen Bedürfnissen entsprachen. Wir haben uns also für ein Gesellschaftsmodell verschuldet, das unseren Erwartungen nicht entspricht und das von unserer Regierung nicht kontrolliert wurde, da es wie überall im Rahmen des neoliberalen Washington-Konsens stattfand.

Washington-Konsens

Der Washington-Konsens verlangt den Rückzug des Staates. Dem Staat werden nicht-produktive Ausgaben untersagt, der private Sektor soll sich um die Wirtschaft kümmern – und jeder Bürger für öffentliche Güter bezahlen.
Und das in einem Kontext, wo der Bauer seine Produkte nicht verkaufen kann und wenn doch, dann nicht zu einem gerechten Preis. (Erinnern Sie sich nur an die Baumwoll-Subventionsskandale.)

Wir befanden uns also in einem unausgewogenen, ungerechten wirtschaftlichen Weltsystem, das von uns jedoch immer mehr Anstrengungen verlangte.
Wenn wir also heute die Kürzungspolitik in den europäischen Ländern ansehen, dann sage ich: „Liebe Leute, seit den 80er Jahren haben wir unter diesem System gelitten. Man hat uns immer gesagt: Strengt euch an, schnallt den Gürtel enger, das Wachstum wird kommen." –

Aber das Wachstum ist für uns nie gekommen. Das jetzige Wachstum dient in erster Linie den ausländischen Investoren, die dem malischen Volk keine Rechenschaft ablegen müssen. Die Verbindungen dieser ausländischen Unternehmen mit der malischen Gesellschaft – den wenigen Maliern, die sich im System einrichten – haben den Eindruck erweckt, dass sich eine Mittelklasse herausbildet. Diese Mittelklasse hat nach dem Zusammenbrechen des Systems seit dem Staatsstreich sofort um Hilfe gerufen: „Kommt, es gab einen Staatsstreich, die verfassungsmäßige Ordnung soll wieder hergestellt werden!“

Staatsterrorismus

Wir prangern also diesen Krieg an, der uns auferlegt wurde, der ungerecht ist. Er ist Teil einer Agenda der „internationalen Gemeinschaft“: der Kampf gegen den Terrorismus.
Doch für uns gibt es mehrere Sorten von Terrorismus. Es gibt auch Staatsterrorismus: Zum Beispiel wenn ausländische Mächte ein wirtschaftliches Modell aufzwingen, von dem wir nichts verstehen, während sie wohlwissend von diesem System profitieren. Dieses System verurteilt junge Leute zu Arbeitslosigkeit, und wenn diese jungen Leute emigrieren wollen, sagt man ihnen: „Nein, bleibt zu Hause.“ Man baut den Schengenraum auf, richtet Mauern auf. Wir sollen zu Hause bleiben und eine neoliberale Politik exekutieren, die uns arm macht – wir sollen uns gegenseitig umbringen.

Islam

In einem solchen Kontext der Verarmung, des Ausschlusses, wächst die Attraktivität des Islam, der vielen Verzweifelten als eine Antwort erscheint, weil er einer bestimmten Erwartung entspricht. Denn alle öffentliche Dienste wurden in Mali privatisiert. Die in der Bevölkerung aktiven Vereinigungen sind keine islamistischen, es sind muslimische. Die muslimischen Organisationen haben sich statt des Staates 15 Jahre lang auf Wunsch der Bevölkerung um deren Bedürfnisse gekümmert.
In einem solchen Kontext beklagt der Westen den Aufstieg des Islam – des gemäßigten oder des radikalen. Aber dieser Aufstieg ist eine Herausforderung für das kapitalistische System. Diese Bewegungen – egal welche Tendenz – füllen ein Loch, das durch das System entstanden ist, durch das wirtschaftliche und politische System.

Doppelzüngigkeit

Das politische System, das angeblich demokratisch ist, besteht darin, Wahlen zu organisieren. Doch den oppositionellen Kräften erlaubt es nie, das Wort zu ergreifen. So etwas sage ich normalerweise nicht im Fernsehen Malis. Es gibt keine echten Debatten im Fernsehen, weil das Image des Landes gepflegt werden soll. Die ganze Welt ist daher von der Lage in Mali überrascht – aber für uns ist sie nicht verwunderlich. Die Welt hat uns belogen: Der IWF, die Weltbank und die EU haben uns angelogen, sie haben uns eine Entwicklung versprochen, die nicht eingetreten ist. Wir belügen uns selbst, indem wir glauben, das Geld, das uns gegeben wird, diene der Entwicklung. Die führende Klasse und die politischen Parteien halten uns in diesem System fest. Und dieses System ist nun implodiert.

Zu sagen, dass Deutsche und Franzosen kommen, um die malische Armee auszubilden, damit sie gegen den Terrorismus kämpft, das ist aus meiner Sicht die doppelzüngige Rede Europas.
In den Medien reden sie auf zweierlei Art und Weise:
Uns in Mali sagen sie: „*Wir werden den Norden befreien, wir werden die nationale Souveränität wieder herstellen.*“
Den Europäern sagt Frankreich: „*Wir sind dabei, euch von Mali ausgehend vor dem Terrorismus zu schützen – es geht um eure Sicherheit.*“

Unser Land wird also geopfert. Die geschaffene heutige Situation erlaubt überhaupt keine Entwicklung: die Viehzüchter, die Bauern, die Fischer, der Tourismus – es funktioniert nichts mehr. Auch vorher ging nichts, aber wegen der Kriegserklärung und dem Kriegszustand wird alles noch schlimmer.

Dieser Kriegszustand wird die Zerstörung eines Sahel-Landes besiegeln, das niemanden um etwas gebeten hat, von dem man jedoch erwartet hat, wettbewerbsfähig zu sein, obgleich es die Mittel einer solchen Wettbewerbsfähigkeit nach dem Schema von Frankreich oder Deutschland nicht haben kann. Es ist höchst ungerecht, von einem beherrschten Land, das nur Baumvolle und Gold hat, so etwas zu verlangen. Wir bestimmen weder den Preis der Baumwolle noch den Preis des Goldes. Das Gold geht raus aus unserem Land, ohne dass wir überhaupt wissen, wie viel – und das auf der Grundlage von Verträgen, von denen normale Bürger nichts erfahren.

Es wurden also alle Bedingungen für eine Verschlechterung unserer Situation geschaffen. Die Jugend bei uns, die – wie in europäischen Ländern – unter Arbeitslosigkeit leidet, hat nicht das Recht, in die Länder auszuwandern, die uns Unterricht in Wirtschaft und Demokratie erteilen. Und jetzt kommt noch der Krieg, ein Krieg, der insbesondere die Frauen und die Jugendlichen trifft.

Malier gegen Malier

Wer sind die Gegner in diesem Krieg? Was ist die malische Armee? Die Jugendlichen sind nicht freiwillig in die malische Armee gegangen, nicht aus Überzeugung, nicht aus Berufung, sondern weil sie keine Arbeit hatten, keine Zukunftsperspektiven. Jetzt beschuldigt man diese gedemütigte Armee junger Menschen, Gräueltaten begangen zu haben und gibt vor, Beobachter zu schicken, um sie zu überwachen. Ein Teil der Jugend ist also in der Armee, einer sehr armen Armee, die keine kugelsicheren Westen, keine Helme, keine Stiefel, nichts, nicht einmal Munition hat – das weiß man.
Ein anderer Teil der Jugendlichen gehört zu den Dschihadisten. Die Jugendlichen, die zu den Dschihadisten gehen, sind Kandidaten für die Emigration – ebenfalls arbeitslos, sie werden angeworben.
Und die Drogenhändler werben auch Jugendliche als Drogenkuriere an – nicht nur für den lokalen Markt.
Es gibt also drei Kategorien von Protagonisten in diesem Krieg. Da stellt sich mir die Frage: Wer tötet wen in Mali? Man verlangt von der jungen malischen Armee, dass sie junge Malier töten; man schickt afrikanische Truppen, dass sie Malier töten. Denn die führenden Köpfe der Dschihadisten wissen, wie sie sich schützen: Sie sind weg, versteckt oder im Ausland. Malier töten heute andere Malier im Namen des Krieges gegen den Terrorismus.

Kontext: Sehen Sie Verbindungen zwischen den Strukturanpassungsplänen, die IWF und Weltbank Mali auferlegt haben, und der momentanen staatlichen Kürzungspolitik in Europa?

AT:
Sicher, die Parallelität ist doch klar, sie ergibt sich von selbst:
Die Kapitalisten wollen ein Maximum an Profit machen. Die Multinationalen, die Unternehmen sollen Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit sichern. Woher? Aus der Arbeit und aus den Rohstoffen. Bei euch ist es die Arbeit, die Arbeiter müssen den Gürtel enger schnallen, der Staat will in bestimmen Bereichen kein Geld mehr ausgeben, weil er ein ausgeglichenes Budget haben muss.

Strukturanpassungspläne:
Bei uns ist die Arbeit die Ausnahme!

Diese Staaten, die an Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit gewinnen sollen, indem sie ihrer eigenen Bevölkerung restriktive Maßnahmen auferlegen, wollen bei uns die gleichen Maßnahmen durchsetzen. Sie erklären unseren Regierungen, dass der Staat die Familie nicht ersetzen darf, dass Familien für Gesundheit und Schulbildung selber zahlen müssen. Doch in den Familien bei uns herrscht die Arbeitslosigkeit. Wenn wir von 10 % Arbeitslosigkeit bei euch hören, wären wir froh, eine solche Arbeitslosenrate zu haben: Bei uns ist die Arbeit die Ausnahme! Die genaue Rate kennt niemand, vielleicht sind es 50 Prozent vielleicht 80 Prozent.

Der Staat stellt nicht ein, es gibt kaum Unternehmen, statt dessen dominiert der informelle Sektor. Heute verkaufen wir dies, morgen etwas anders – meistens ist es sehr prekär. Die bezahlte Arbeit, die durch Arbeitsgesetze reguliert wird, ist die Ausnahme in unserem Land.

Uns wurde im Rahmen der Strukturanpassungspläne gesagt, dass wir die Zahl der Staatsangestellten reduzieren und die Löhne herabsetzen sollen – das machen wir schon lange – .
Man kann nur staunen, dass bei solchen Elendslöhnen die Korruption die Gesellschaft nicht komplett verdirbt. Ich rede nicht von unverantwortlichen Managern, die Milliarden klauen; der normale Lohn eines afrikanischen Arbeiters reicht nicht zum Überleben, nicht für seine persönlichen Bedürfnisse, noch weniger für seine Familie. Also muss jeder neben seiner Arbeit noch etwas anderes haben – und genau diese Unregelmäßigkeiten werden uns dann vorgeworfen.
Und Mali steht damit nicht allein: Wie ich in Griechenland und anderen südeuropäischen Ländern beobachte, ist das auch dort die alltägliche Realität.

Das alles bedeutet: Diese Wirtschaftspolitik ist eine Politik der Zerstörung des sozialen Zusammenhalts, der Zerstörung der Menschlichkeit.

Deswegen bin ich sehr froh, dass das Weltsozialforum die Frage der Würde ins Zentrum gestellt hat, denn die Würde der Menschen wird missachtet. Die Menschen revoltieren. Bei uns hat vor 20 Jahren die Revolution stattgefunden. Ich sage den Tunesiern: „*Eure Revolution hat erst vor kurzem stattgefunden, bedenkt Folgendes: Wenn ihr die wirtschaftlichen und geostrategischen Herausforderungen vernachlässigt, dann werdet ihr eure kleine demokratische Revolution machen, doch in 20 Jahren wird es bei euch sein wie bei uns in Mali.“*

Rekolonisierung

Die 50 Jahre Unabhängigkeit von Mali sind 2010 laut gefeiert worden. In Wirklichkeit sind wir heute nicht unabhängig, man entfernt sich immer weiter davon. Mali ist ein Musterbeispiel. Man sollte genau verfolgen, was in Mali passiert. Einer der großen Momente in der Geschichte Malis waren die Feierlichkeiten beim Abzug des letzten französischen Soldaten im Jahr 1960. Das war ein Stück echte Unabhängigkeit. Dass Frankreich heute wieder mit Soldaten ankommt und Malier, die voll und ganz den lügnerischen Medien ausgeliefert sind, dazu applaudieren, – das zeigt, wie Mali rekolonisiert wird und wohin Afrika mit diesem neoliberalen System geht.

Kampf um Rohstoffe

Dieser ganze Krieg dient vor allem Frankreich dazu, sich in ihrem Einflussgebiet wieder gut zu positionieren. Dieser Krieg ist eine Antwort auf eure Krise. Die Krise des Neoliberalismus braucht die Reichtümer Afrikas, „*um weltweit Wachstum wieder zu schaffen*.“
Wenn uns das sagt, dann erwidern wir: nein, wir sind doch keine Idioten! Legen wir die Karten auf den Tisch. Wenn ihr die Wahrheit sagen wollt, dann so: „*Afrika, wir brauchen euch, eure Reichtümer, weil wir unseren Wohlstand auf eine Art und Weise aufgebaut haben, die eure Rohstoffe und natürlichen Ressourcen benötigt.*“
Wenn das stimmt: Was für eine Abmachung sollten wir dann treffen? Was tun? Wie machen wir das?
IHR im globalen Norden habt Geld und Technologie und WIR haben natürliche Ressourcen.
Wie kann man das alles so zusammenbringen, dass ihr zu Hause in Würde lebt, dass die Emigration nicht mehr notwendig wird, dass der Krieg nicht mehr als Lösung hingestellt wird, für Probleme, die das System geschaffen hat, dass Frauen nicht vergewaltigt werden, dass die Jugendlichen nicht mehr Soldaten werden? Das alles kann man nicht einfach beschließen, oder sagen, man steckt Geld in „Entwicklungszusammenarbeit“. Geld in die Entwicklungszusammenarbeit zu stecken, um mit einer Hand die Probleme zu bekämpfen, die die andere Hand geschaffen hat – das ist nicht die Lösung.

Darum spreche ich von einer humanitären, sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen, ökologischen und moralischen Krise. Wir sind in einer globalen Krise, die auch eine moralische und ethische Krise ist.
Es geht darum, dass jeder Weltbürger an den anderen denkt – wer ist der andere? Ist er ein Mensch wie ich? Ich habe Kinder, ihr habt Kinder, sie brauchen alle Nahrung, gesundheitliche Versorgung, Bildung.
Wer reich ist, denkt, dass er immer das Recht hat, seine Bedürfnisse an Ackerland, seine Bedürfnisse an Öl, an Uran für die nächsten 20 Jahren vorauszuplanen und bei anderen zu stillen – und dabei den anderen zu Elend zu verurteilen, immer weiter, andauernd.

http://www.kontext-tv.de/node/334

S. auch : Aminata Traoré:
„Die Demokratie ohne eine ökonomische Alternative ist nicht die Lösung“ -
Redebeitrag und Interview von Politis:
https://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=UB9EFJZzjSM#!

Aminata Traoré und Oumar Mariko (SADI-Partei in Mali) sollten an verschiedenen Orten in Europa (u.a. im Europa Parlament, in Paris und in Berlin) über die Situation in Mali referieren. Das französische Konsulat in Bamako ***lehnte es ab, ihnen ein Visum zu erteilen****. Schließlich war das deutsche Konsulat bereit, Aminata Traoré ein Visum zu erteilen, Oumar Mariko durfte nicht einreisen.*
http://www.pambazuka.org/fr/category/features/87039/print

Eine Nachbetrachtung von Peter Strotmann

WÜRDE ohne ENTWICKLUNG - Geht das?

Über Entwicklung wurde auf dem WSF in Tunis zu wenig geredet

Das Vorbereitungskomitee des diesjährigen Weltsozialforums hatte die Weltlinke eingeladen unter der Parole „Dignity“, also „Würde“. „*Eingeladen sind Leute, die darum kämpfen, Demokratie zu entwickeln. Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Frieden, und auch solche, die für den Schutz der Umwelt und der Gemeingüter kämpfen*“
Das klingt gut. Aber wie ist das zu erreichen? Fehlt da nicht etwas? Oder sollte man etwa auch in **Armut** noch würdevoll leben (und sterben) können, HochWÜRDEN ? Geht es nicht gerade um die Beseitigung von Armut und der daraus entstehender Abhängigkeit und Entwürdigung? Sollte man nicht als Hauptziel aller Anstrengungen und aller intellektuellen und organisatorische Kraft und Geschicklichkeit darauf verwenden, Wege zu finden, wie man das im realen Leben der Menschen und ihrer Gesellschaften erreichen kann? Und zwar weltweit?
Erstaunlich, wie viele blumige Begriffe erwähnt wurden, aber der Begriff Entwicklung der Ökonomie zur Beseitigung von Armut und Arbeitslosigkeit kam im Einladungstext nicht vor, und es gab auch nur wenige Veranstaltungen zu diesem Thema. Ein pathologischer Zustand der Realitätsverweigerung?
Allerdings wollte es der Zufall, dass wir uns in Nordafrika zum WSF trafen, während im Süden Afrikas, in Durban (1), eine andere Versammlung statt fand, die der BRICS-Länder, die unter anderem eine neue Bank des Südens gründeten, um von den westlich dominierten Finanzinstitutionen (Weltbank und IWF z.B) unabhängig zu werden.
Welches der beiden Treffen trägt mehr dazu bei, eine andere Welt möglich werden zu lassen, die globalen Verhältnisse zu demokratisieren und aus dem Würgegriff der IFIs zu befreien?

Es gab in Tunis wenige Veranstaltungen zu diesem Thema, aber es gab sie. Eine Veranstaltung zum Thema „Gewerkschaften und die Industrialisierung Afrikas“ war angekündigt, fand jedoch gar nicht statt. Zwei Veranstaltungen stellten sich allerdings der Entwicklungsthematik.
Auf einer Veranstaltung von „LDC Watch (Least Developed Countries)“ stellte **Demba Moussa Dembele** den Ergebnissen der Entwicklungspolitik in diesen Ländern ein äußert negatives Zeugnis aus. **Aminata Traore**, die ehemalige Ministerin aus Mali, machte die ständige Einmischung des Westens im politischen System des Landes für den miserablen Zustand ihres Landes verantwortlich. **Yash Tandon** betonte als Voraussetzung jeder Entwicklung die Souveränität der politischen Ebene und rief aus: „*There is no developement except self-developement*“. In der Diskussion wurde herausgearbeitet, dass der Erfolg der Schwellenländer gerade auf ihrer mühsam erkämpften politischen Souveränität und Selbstbestimmung beruht.

Eine andere Veranstaltung befasste sich mit den sozialen Kämpfen in den „Emerging Countries“ (2).
Nicola Bullard gab einen Überblick über den Prozess von G8 zu G20, erwähnte allerdings auch, dass die BRICS-Länder noch längst kein effektives Gegengewicht zu den reichen Industrieländern der G7 sind. Sie betonte, dass ein Bündnis der sozialen Bewegungen mit den Schwellenländern nötig sei, weil beide die Welt gerechter machen wollen. Ein solches Bündnis sei jedoch aufgrund des Egoismus der aufsteigenden Mittelklassen schwierig und fragil.
Eine **MST-Aktivistin** berichtete aus Brasilien, wie Präsident Lula – ohne den Status Quo von Macht und Landbesitz anzutasten - mit seinem „Bolsa Familia“ Programm 32 Millionen Familien aus der absoluten Armut befreite. Gleichzeitig erschwerte dieser Erfolg den Bewegungen für eine echte Landreform die politische Arbeit.
Eine **indische Aktivistin** berichtete über die die Schließung der Textilindustrie in Mumbai und die Kämpfe gegen die Bodenspekulation in den Stadtvierteln der ehemaligen Fabriken.
Zwei chinesische Aktivisten berichteten über die sozialen Kämpfe in China und über das Erbe Mao Tse-Tungs, dessen Popularität mit dazu beiträgt, dass diese Kämpfe auch häufig erfolgreich sind.
Samir Amin betonte die Besonderheit Chinas in zweierlei Hinsicht: Grund und Boden befinden sich im öffentlichem Eigentum und sind egalitär an die Bauernfamilien verteilt - aber nur zur Nutzung für 30 Jahre. Noch wichtiger (und für ATTAC vielleicht von besonderem Interesse): das gesamte Finanzwesen steht unter dem Primat der Politik, von der 100%igen Kontrolle über die Banken bis zu Souveränität über den Wechselkurs der Landeswährung. Das ergibt einen Unterschied ums Ganze und ist nur durch die Revolutionen in diesem Land ermöglicht worden.
Auch **Christoph Aguiton** erkannte, dass die Lage der Welt sich in den letzten 15 Jahren radikal verändert hat, die Triade an Kraft verliert und für die globalisierungskritische Bewegung (sofern es sie noch gibt) eine neue Situation entstanden ist. Er fragte, inwieweit der WSF-Prozess eine kritische, überwachende Solidarität mit den neuen Kräften des Südens entwickeln kann.

arallel zum WSF wurde der „Human Developpement Report 2013“ veröffentlicht unter dem Titel „Der Aufstieg des Südens“. Er beschreibt, wie in den letzten Jahrzehnten über 500 Millionen Menschen aus der absoluten Armut befreit wurden. Das mag für einige Bewohner des wohlhabenden Nordens belanglos erscheinen – für die betroffenen Familien und die Länder des globalen Südens sieht das – trotz aller Probleme - anders aus. Auch wenn man dem Optimismus dieses UNDP-Reports nicht in allen Punkten folgen mag: hier wird über Fakten berichtet, und jeder, der die Wahrheit in den Tatsachen sucht, sollte sie erst einmal zur Kenntnis nehmen. Müssen wir vielleicht auch unsere Globalisierungskritik modifizieren?

Jedenfalls gut, dass wir auch praktische Erfolge der Armutsbeseitigung vorzuweisen haben, bei aller Widersprüchlichkeit und Unvollkommenheit, von China bis Ecuador, von Venezuela bis Afrika. Der Lernprozess ist permanent und turbulent, und wirkliche Würde und Harmonie gibt es nur im Kampf um GEMEINSAMEN Wohlstand, und das weltweit.

(1) Patrick Bond hat zur BRICS-Konferenz eine Konferenz „BRICS von unten“ zu organisiert, siehe
http://www.pambazuka.org/en/category/features/86651

(2) Moderiert wurde diese Veranstaltung von Pierre Beaudet (www.intercoll.net)

Marie-Dominique Vernhes

Welche Entwicklung?

Vernetzungstreffen von WirtschaftswissenschaftlerInnen auf dem WSF

Vor knapp 100 TeilnehmerInnen führte Dominique Plihon (attac Frankreich) in seiner Einleitung aus: Unsere Aufgabe als WirtchaftswissenschaftlerIn ist doppelt: Erstens erklären: was sind die Gründe für die Krise, warum ist eine Systemänderung notwendig. Zweitens Alternativen entwickeln; dafür müssen wir den Austausch zwischen uns, über unsere Fragen, unsere Erfahrungen ausbauen und das mit dem Ziel, zum Aufbau einer Gegenmacht beizutragen.
Am Vormittag wurde über eine alternative soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Tunesien debattiert, am Nachmittag gab es einen Austausch über die Grundzüge einer alternativen Entwicklung. Außerdem wurde die Koordination zwischen WirtschaftswissenschaftlerInnen aus der ganzen Welt in die Wege geleitet.

Welche Entwicklung?

Abdeljelil Bedoui (Gründer des „Forum tunisien des droits économiques et sociaux“, http://www.ftdes.net/): Die Einbeziehung Tunesiens in die Weltwirtschaft hatte drei wesentliche Pfeiler: Tourismus, Export von Phosphat und Industrien. Diese haben nicht oder gering qualifizierte Arbeitskräfte zu niedrigen Löhnen eingestellt - dementsprechend sind viele Hochschulabsolventen arbeitslos – und sie sind vorwiegend an der Küste angesiedelt, so daß die regionalen Ungleichgewichte weiter zugenommen haben. Um der Konkurrenz auf dem Weltmarkt standzuhalten, wurde eine Verschlechterung und Prekarisierung der Arbeitsbedingungen in Kauf genommen, die Steuersätze für die Betriebe gesenkt, was zu einer größeren Staatsverschuldung und zum Ausverkauf der öffentlichen Einrichtungen (auch mit PPP) geführt hat.

Demgegenüber
a. sollte ein Modell eines intensiven (nicht extensiven) Wachstums entwickelt werden, das folgende Elemente enthält: Reform des Staates (Gewaltenteilung, Rechtsstaat); Neudefinition der Beziehungen Staat – Wirtschaft, Unterstützung der benachteiligten Regionen (Dezentralisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten);
b. sollte eine nachhaltige Entwicklung stattfinden (Aufbau einer ökologischen Wirtschaft, insbesondere in den Bereichen Energie, Wasser, Baumaterialien);
c. sollten die sozialen Belange respektiert werden (Umverteilung durch den Staat; eine soziale und solidarische Wirtschaft).

Die Ergebnisse der tunesischen Revolution, meinte **Ella Yousfi** (Tunesien) sind nur auf der politischen Ebene zu verzeichnen (Anerkennung von Rechten, Gesetzänderungen, Erarbeitung einer Verfassung). Es macht sich aber eine zunehmende Ungeduld breit angesichts der Nichterfüllung der sozialen Forderungen und der Verschlechterung der sozialen Situation (mehr Arbeitslosigkeit, höhere Lebenshaltungskosten).

Gus Massiah: Postkeynesianische Maßnahmen (Umverteilung) – oder ein ökologischer sozialer und demokratischer Übergang, das wird auf dem WSF diskutiert. Jedoch sollte es hier weniger um eine allgemeine Debatte über ein alternatives Modell gehen als um die Frage: Was machen wir JETZT? Die Regierungen in Tunesien und in Ägypten wollen den Neoliberalismus noch weitertreiben: Sie wollen ausländische Investoren anlocken, die Handelsbeziehungen liberalisieren, sie erhoffen sich, mit Hilfe von Krediten aus der arabischen Welt den Druck des IWF standhalten zu können. (Solche Kredite z.B. aus Katar sind übrigens „zinsfrei“ … aber nicht kostenfrei)

Kurzfristige Maßnahmen sind klar: Kontrolle der Finanzmärkte, Abschaffung der Steueroasen,... - wie können die sozialen Bewegungen sie durchsetzen?

Wir sollten darüberhinaus analysieren, wie sich lateinamerikanische Regierungen vom Neoliberalismus befreit haben – ohne jedoch den Kapitalismus abzuschaffen.

Einige Kernpunkte ihrer Programme:
– sich von den Schulden befreien: Während Brasilien schneller die Schulden zurückgezahlt hat, um finanziell nicht mehr erpressbar zu sein, hat Ecuador einen Schuldenaudit eingeleitet, um auf der Grundlage der Ergebnisse ein Teil der Schulden zu streichen;
– Eine Agrarreform durchführen;
– Eine massive Umverteilung, um soziale Projekte zu finanzieren;
– Aufbau von kooperativen Wirtschaftsbeziehungen (Mercosur, ALBA)

Das Ganze wurde aber durch Rohstoffexporte finanziert, vor allem nach China, was zum einen die großen Agrarexporteure (Soja) stärkt und die Umweltprobleme verschärft.

Abdeljelil Bedoui meinte, dass selbst in Tunesien und Ägypten - keine großen Rohstoffexporteure – staatliche Gelder für entsprechende Maßnahmen eingesetzt werden könnten: zum einen, indem die Verschwendungen im öffentlichen Dienst gestoppt werden (hohe Beamten teilen sich z.Z. „die Beute“), zum anderen durch eine Steuerreform, die wegkommt von einer pauschalen, meisten zu niedrigen Besteuerung, und zuletzt durch Maßnahmen gegen Steuerflucht. Weiter sollte das Bankensystem verändert werden, damit die Banken eine solche Entwicklung im oben genannten Sinne mitfinanzieren können.

Einige Punkte einer **alternativen Entwicklung** wurden in der Debatte benannt: Bedeutung der Ernährungsfrage; Relokalisierung der Produktion; keine Zerstörung der Umwelt; Aufgabe der großen unnützen Projekte; erneuerbare Energien; (Wieder)-aneignung der Gemeingüter; wenn Mikrokredite, dann nur bei einem niedrigen Zinssatz und unter demokratischen Kontrolle,...

WirtschaftswissenschaftlerInnen aus aller Welt, vereinigt euch!

Es gibt schon eine Reihe von arbeitenden regionalen Netzwerken
http://www.codesria.org (Afrika)
http://www.clacso.org.ar/ (Lateinamerika)
Auch in Asien (Name leider nicht bekannt)
http://www.euromemo.eu/ (Europa)
European Progressive Economists Network (In Florenz im November 2012 gegründet, s. Appell in SiG 99 http://sandimgetriebe.attac.at/10249.html)
Association internationale d'économie politique http://www.assoeconomiepolitique.org/?lang=fr
Economistes atterrés (Frankreich): http://www.atterres.org/

Vereinbart wurde, **drei Themenfelder** als die Schwerpunkte eines weltweiten Netzes von WirtschaftswissenschaftlerInnen festzulegen:
- Banken/ Finanzmärkte / Schulden ;
- Übergang zu einer anderen Gesellschaftsform und alternative Entwicklungsmodelle;
- Genderfrage.
Es geht darum, so zu arbeiten, dass Vorschlä-ge für gemeinsame Kampagnen entstehen und dass die Verbindungen zwischen den kämpfenden sozialen Bewegungen und den Experten verstärkt werden.

Dieses weltweite Netz soll erstmal auf der Webseite http://www.atterres.org/ einen Internet-Auftritt haben.

Fathi Chamkhi

Wir haben in Tunesien eine neokoloniale Ökonomie

Interview: Wolfgang Pomrehn, Tunis

Vertreter des Internationalen Währungsfonds (IWF) besuchen am 8.April Tunesien. Welche Rolle spielt der IWF für das Land?
IWF und Weltbank sind seit 1986 die Herren der Sozial- und Wirtschaftspolitik Tunesiens. Damals wurde das erste Strukturanpassungsprogramm durchgesetzt. Das Land ist seither von ihren Krediten abhängig. Das war unter der alten Regierung des gestürzten Diktators Ben Ali der Fall, und das ist es auch weiter (1). Gerade ist die Existenz eines Briefes der Regierung an den IWF vom Februar 2013 ans Licht gekommen, unterschrieben vom Finanzminister und vom Zentralbankchef. Es handelt sich um eine Absichtserklärung, einen sogenannten Letter of Intend, in dem die Regierung bestimmte Maßnahmen zusichert, damit sie weitere Kredittranchen ausbezahlt bekommt. Wegen seiner Brisanz hatte man den Brief eigentlich geheimhalten wollen (2) .

Wie sehen die Maßnahmen aus?
Zum Beispiel sind Begünstigungen für ausländische Unternehmen vorgesehen. In den ersten zehn Jahren soll ihnen die Körperschaftssteuer erlassen werden. Einheimische Unternehmen müssen hingegen bisher 30 Prozent von ihrem Gewinn abführen. In den nächsten zwei bis drei Jahren, so die Absichtserklärung, soll für sie der Steuersatz auf 15 Prozent gesenkt werden. Für die ausländischen Unternehmen würde dieser Satz nach Ablauf der Zehnjahresfrist gelten. Ansonsten ist vorgesehen, die Lebensmittelsubventionen abzuschaffen, die Renten und Sozialversicherungsbeiträge zu kürzen und Stellen im öffentlich Dienst zu streichen.

Es scheint, als soll aus Tunesien eine Plattform für Billigexporte gemacht werden.
Ich denke, Tunesien kann als neokoloniale Wirtschaft bezeichnet werden. Besonders seit 1986. Die Ökonomie ist stark auf den Export ausgerichtet, und zwei Drittel der Ausfuhren wird in ausländischen Unternehmen produziert, die allerdings auch auf dem Binnenmarkt tätig sind. Im Land wird natürlich in Dinar abgerechnet, in der tunesischen Währung. Aber die Unternehmen haben das Recht, ihre Gewinne in der ausländischen Währung ins Ausland zu transferieren. Das setzt voraus, daß die Zentralbank genug Reserven in ausländischen Devisen hat, und das ist eines unserer Probleme.

Es gibt für Tunesien im wesentlichen vier Devisenquellen: Einnahmen aus dem Export, Überweisungen von Auswanderern, Touristen, die Geld im Inland ausgeben, und die Aufnahme von Schulden im Ausland. In den vergangenen Jahren schwächeln die ersten drei immer mehr. Daher nimmt die Bedeutung der Neuverschuldung zu. (...)

Tunesische Exporte 2012
Angaben in Millionen Dinar

Landwirtschaftliche Produkte und Nahrungsmittel	2577
Energie und Öle	4450
Bergbau	1650
Textil-, Bekleidung- und Lederindustrie	5928
Elektroindustrie und Mechanik	9715
Andere verarbeitetende Industrie	2228
Summe: 26,548 Mrd Dinar *Zum Vergleich: Die Importe hatten einen Wert von 38, 2 Mrd Dinar (2 Dinar= 1 Euro)*	

http://www.ins.nat.tn/indexfr.php

Wie sieht es mit der Qualität der Arbeitsplätze und der Wertschöpfung in der Exportindustrie aus?
Die Exportindustrie besteht vor allem aus zwei Branchen: Der Textil- und der Elektroindustrie. Im letzteren Fall geht es vor allem um Montage vorgefertigter, zuvor importierter Teile. Die inländische Wertschöpfung ist also in beiden Fällen begrenzt. Der Automatisierungsgrad in der Textilindustrie ist eher gering, so daß dort viele wenig qualifizierte Beschäftigte arbeiten.

Die entsprechend schlecht bezahlt werden?
Ja. Der Mindestlohn beträgt in Tunesien 270 Dinar (135 Euro), aber oft halten sich die Unternehmen nicht daran. Viele Arbeiterinnen verdienen noch weniger als diese 135 Euro im Monat. Außerdem haben sie in der Regel nur Zeitverträge, das heißt, sie können sehr schnell ihren Arbeitsplatz verlieren. Qualifiziertere Angestellte in diesen Unternehmen, Vorarbeiter zu Beispiel, verdienen vielleicht 1000 Dinar (500 Euro) im Monat.

ATTAC existiert in Tunesien seit 1999. Wie hat sich die Organisation seither entwickelt?
Die vergangenen zwei Monate waren sehr anstrengend. Wir haben geholfen das Weltsozialforum zu organisieren, mit dessen Ergebnis wir sehr zufrieden sind. Für die Tunesier war es eine neue Erfahrung. Sie haben in den Europäern einmal nicht Touristen gesehen, sondern Menschen, die mit ihnen für die gleichen Forderungen demonstrieren. Unsere Organisation hat inzwischen einige hundert Mitglieder. Wir beteiligen uns mit verschiedenen linken Parteien an der Front Populaire, der Volksfront, die auch zu den nächsten Wahlen antritt.

Anmerkungen der SiG-Redaktion:
Zitate aus einem Interview von F.C. in La Presse (aus Tunis) vom 28.3.2013.

(1) • Innerhalb von 23 Jahren betrug die jährliche Schuldenneuaufnahme 1,7 Milliarden Dinar, schätzt der Experte.
• Im Laufe der drei letzten Jahre hat sich die jährliche Schuldenneuaufnahme auf 4,3 Milliarden Dinar nahezu verdreifacht.
„2011 betrug die kurzfristigen Verschuldung 7,6 Milliarden Dinar, die mittel- und langfristige Verschuldung 4,5 Milliarden Dinar“, erläutert Fathi Chamkhi. Diese Geldmittel, die kurzfristig geliehen wurden, haben überhaupt keine Auswirkung auf die (offizielle) Verschuldungsrate, bei der lediglich die mittel- und langfristigen Schulden berücksichtigt werden.
(2)
http://nawaat.org/portail/2013/03/28/deux-documents-confidentiels-revelent-la-sous-traitance-de-la-politique-economique-de-la-tunisie-par-la-banque-mondiale-et-le-fmi/
(3) *„Die Privatisierung der Zementindustrie ist dafür ein anschauliches Beispiel. Gäbe es keine Garantie für den Transfer der Einkünfte ins Ausland, die lokal in Dinar erwirtschaftet wurden, in Form von Devisen, ergäbe die Privatisierung dieser Unternehmen in den Augen der ausländischen Investoren keinen Sinn.*“ F.C.)

SiG-Red. Aktuelle Meldung (23.4.2013):
1,7 Mrd Dinar soll der IWF zur Verfügung stellen – unter drei Hauptbedingungen: Reduzierung der Ausgaben für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, Abbau von Subventionen für Konsumgüter und Erhöhung der Gebühren (z.B. Wasser), Sanierung der Banken durch Einziehung der nicht bezahlten Rechnungen/Kredite
http://www.monde-diplomatique.fr/carnet/2013-04-23-Tunisie

Konkrete Alternativen zu den Schulden, Vorschläge von Fathi Chamkhi

Der Abbau der Verschuldung ist möglich. Kurzfristig *„muss dringend ein Schuldenmoratorium ins Leben gerufen werden“*, betont er. So könnten die Geldmittel, die für die Schuldentilgung vorgesehen waren, für dringende Bedürfnisse des Landes eingesetzt werden. Langfristig sollte während diese Suspendierung der Schuldentilgung „ *ein Audit über die tunesische Verschuldung vorgenommen werden, um den verabscheuungswürdigen Anteil zu bestimmen, der* dann schließlich annulliert wird“.

Auf der anderen Seite ist es zweckdienlich, eine Sondersteuer auf große Vermögen anzusetzen und damit beträchtliche Fonds bereitzustellen. Ebenso ermöglicht eine schwache Besteuerung der Offhore-Unternehmensgewinne die Sammlung von Fonds, ohne jedoch diese Investoren abzuschrecken. Er rät ebenso dazu, die Außenhandelskredite zu substituieren, indem man sich ins Inland orientiert. *„Man könnte über eine Anleihe in der Form von Obligationen, an der sich jeder beteiligen könnte, Mittel für die nationale Solidarität beschaffen,“* führt er weiter aus. Was das Handelsbilanzdefizit anbelangt, befürwortet er den Importstopp von Luxusgütern.

Quelle der Anmerkungen: Interview in La Presse (aus Tunis) vom 28.3.2013.
http://www.lapresse.tn/28032013/64774/cest-la-tunisie-qui-finance-lexterieur.html

Basma Kalfaoui, Tunis

Man ist dabei, das Volk mittels der Religion zu manipulieren, und die Religion mittels der Politik

*Am vergangenen 6. Februar wird **Chokri Belaïd,** Funktionär der Partei der radikalen Linken Al Watad, durch Kugeln vor seiner Wohnung in Tunis umgebracht. Mehr als eine Million Tunesier gehen auf die Straße. Das Ereignis löst eine schwere politische Krise aus.*
*Für **Basma Kalfaoui, die Witwe des politischen Führers**, ist es an der Zeit, - endlich - die wahren Probleme des Landes anzugehen, sowohl auf wirtschaftlichem wie sozialem Gebiet. Und zu einer nationalen Aussöhnung aufzurufen.*
Die Haltung von Basma Khalfaoui hat beeindruckt. Am Tag des Attentats auf ihren Mann, den politischen Führer Chokri Belaïd, durchquert sie die Menge, würdig und schweigend, das Gesicht vom Schmerz gezeichnet, mit der erhobenen Hand das „V“ für den Sieg darstellend. Vor ihrer Wohnung im Viertel El Menzah markieren einige Blumen und eine tunesische Fahne den Ort, an dem ihr Mann umgebracht wurde, dessen Körper auf dem Feld der Märtyrer des Friedhofs von Tunis ruht. Basma Khalfaoui, die Anwältin und Mutter zweier Kinder, ist innerhalb einiger Wochen zum Symbol dieses Tunesiens geworden, in dem um die sozialen Rechte, die Glaubensfreiheit und die Frauenrechte gekämpft wird. Sie klagt Ennahda an, die an der Macht befindliche islamistische Partei, wegen des trotz Bedrohung fehlenden Schutzes von Chokri Belaïd und weil diese ein Klima der politischen Gewalt zugelassen hat, sie möchte aber die Spannungen abbauen und ruft zu friedlichen Mobilisierungen auf. Interview von Agnès Rousseaux (3. April 2013)

(Bild: Konzert auf der Bourguiba Avenue in Tunis am 28.3., zur Ehre von Chokri Belaid (oben) und Chavez)

Viele Tunesier erscheinen angesichts der aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation enttäuscht. Ist der revolutionäre Wind dabei, sich wieder zu legen?
Basma Khalfaoui: Eine Welle organisierter Gewalt breitet sich im gesamten politischen Raum aus. Und sie schreitet voran: Wir sind von verbalen zu physischen Gewalttätigkeiten übergegangen, und nunmehr zu Mordtaten. Tunesien leidet unter dieser Gewalt. Wir erleben zudem einen sehr schweren politischen Niedergang. Wenn es uns nicht gelingt, diese Welle der Gewalt zu stoppen, dann bewegen wir uns auf eine hochgradig gestörte politische Situation hin. Ich habe Angst um Tunesien. Aber nach dem Mord an Chokri Belaïd, nachdem ich diese spontane Reaktion des Volkes erlebt habe, die spektakulär und unorganisiert war, diese Reaktion von Wut über das, was passiert, bin ich optimistisch.
*Die Regierung der „Troika“ (1) fokussiert die Debatten auf spaltende Differenzen, welche nicht die vorrangigen Besorgnisse der Tunesier sind, wie religiöse oder gesellschaftliche Fragen. Ist das ein Mittel, um die wirtschaftlichen u*nd sozialen Fragen zu umgehen?
In der Tat. Das hat Chokri Belaïd immer wieder gesagt: Diese Regierung wird die Gewalt einführen, weil sie keine Antworten hat, keine Lösungen, und weil sie die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die zu Tage treten, nicht anpacken will. Sie stellt eine totalitäre Macht dar, die in der Kontinuität des früheren Regimes steht: Es ist normal, dass sie die Gewalt fördert und deckt, denn sie ist vollkommen bankrott, wirtschaftlich wie sozial. Wirtschaftlich bricht das Land zusammen. Auf diese Art wird die öffentliche Meinung auf andere Dinge hingelenkt als jene, die die Interessenmittelpunkte der Bevölkerung darstellen.

Haben Sie das Gefühl, dass die Redefreiheit derzeit in Tunesien im Rückschritt ist?
Wir haben Angst davor. Und das ist nicht so sehr eine Frage der Angst als eine Frage der Analyse. Wir sind wohl freier als vor der Revolution vom Januar 2011. Doch wenn

wir in diesem Prozess von Gewalt und Unterdrückung fortschreiten, wird es damit enden, dass man uns die Redefreiheit, die Bewegungsfreiheit, sämtliche Freiheiten nimmt. Wenn man nichts unternimmt, wird die Lage die gleiche sein wie vor dem 14. Januar 2011. Wenn nicht schlimmer.

Kann sich die Linke Tunesiens zusammenschließen, um eine solide Opposition gegenüber dieser Regierung aufzubauen?
Die Front Populaire besteht bereits, sie ist eine politische Gemeinschaft in voller Aktion. Unser Projekt ist eine größere Partei, die die gesamte Linke Tunesiens zusammenbringt. Um die Front Populaire zu stärken, doch ohne sie zu zerstören. Alle Demokraten zusammenbringen, um ein fortschrittliches und demokratisches gesellschaftliches Projekt zu verteidigen.

Was bedeutet dies konkret?
Dies bedeutet die Freiheit des Wortes. Dass die Hohe Instanz der Richter gewählt zu sein hat und nicht von der Regierung benannt. Gleiches gilt für die Hohe Instanz der Journalisten. Die Trennung von Staat und Partei, um die Praktiken des vorherigen Regimes beiseite zu lassen, und eine wahre Revolution, eine wahre Demokratie zu errichten. Eine Hohe Instanz für die Wahlen, die wirklich unabhängig ist. Das fortschrittliche Projekt besteht in der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit sowie des Wegbringen von Reichtümer außer Landes; es besteht darin, eine soziale Gleichheit zu haben, um die Freiheit für die Frau, um die Freiheit des Glaubens. Wir haben normalerweise keinerlei Religionsproblem in Tunesien!

Wie ist die religiöse Frage zum Problem geworden?
Dieses Problem zwischen Moslems und Nicht-Moslems wurde auf eine seltsame Art der tunesischen Gesellschaft aufgedrängt. Sie ist zu 90% arabisch-muslimisch. Niemand zweifelt daran! Wir haben religiöse Minderheiten, die respektiert und geliebt werden. Und die vor allem Tunesier sind, wie wir. Wir haben seit Jahrhunderten in Tunesien gelebt, in aufeinanderfolgenden Zivilisationen, auf eine sehr offene Art. Wir haben nie dieses Problem gekannt: „Entweder bist du wahabitischer Moslem oder du bist Atheist. Und wenn du kein Moslem bist, muss man dich töten." Dies ist eine Überlegung, die den Tunesiern sehr fremd ist. Das ist ein Problem, was uns von außerhalb importiert wurde. Genau dies hat Chokri Belaïd gesagt. Er hat enthüllt und erklärt, wie man dabei ist, die ganze Bevölkerung mittels der Religion zu manipulieren, und die Religion mittels der Politik zu manipulieren.

Ist es möglich, politisch mit Ennahda etwas aufzubauen?
Um zu einer politischen Lösung zu kommen, einen Ausweg aus dieser Situation, friedlich und ohne Blutvergießen, ohne Staatsstreich, muss man sich um einen Tisch setzen, dabei auch Ennahda beteiligen, um zu diskutieren und die Rollen neu zu verteilen. Falls sich Ennahda weiterhin verweigert, werden wir alle dafür bezahlen.

Ist es nicht unverzichtbar, durch einen Prozess von Transitionsrecht zu gehen, um die Verbrechen der Vergangenheit zu beurteilen und auf gesunden Grundlagen neu zu beginnen?
Die Phase des Transitionsrechts ist unverzichtbar. Da muss es wirklich Urteile geben: Dass die Schuldigen verurteilt werden, durch eine spezifische Gerichtsbarkeit, und dass danach diskutiert werde um dahin zu kommen, sich zu vergeben und über die Übel hinwegzukommen, welche man erlitten hat.

Ist Aussöhnung möglich zwischen den politischen Gegnern, zwischen den früheren Henkern und den früheren Opfern?
Sicherlich. Die Bevölkerung Tunesiens ist überhaupt nicht nachtragend. Ennahda hat ebenfalls Unterdrückung erlitten (unter dem Regime von Ben Ali, Anm. d. Red.), und vielleicht in einer weit offensichtlicheren Weise als die anderen Parteien. Jedermann, selbst die Linke und die Demokraten, wurden bewegt von dem, was Ennahda erlitten hat: Es gab eine doppelte Repression, die zugleich den politischen wie den religiösen Überzeugungen galt. Dies betraf den Glauben, den Glauben aller. Dies hat die tunesische Bevölkerung veranlasst, die schwerwiegenden Dinge zu vergessen, die Ennahda tun konnte (2), und ihr wiederum ihr Vertrauen zu erteilen. Jedoch hat Ennahda diese Chance nicht ergriffen. Wenn die Partei die Gelegenheit zu einer Debatte ergreifen würde, zu einem wirklichen Dialog mit allen anderen politischen Parteien, käme man mit den geringstmöglichen Schäden davon. Wir könnten einander verzeihen, vergessen, dies alles leicht überwinden.

Die Regierung verweigert derzeit ein Audit über die Staatsschulden zu verwirklichen, die zu Teilen unter dem Regime von Ben Ali gemacht wurden. Hat sie dem Druck der Gläubiger Tunesiens - darunter Frankreich – und der internationalen Finanzorganisationen nachgegeben?
Diese Regierung hat den internationalen Finanzinstanzen Versprechen gemacht, deren Umsetzung nicht leicht fallen wird. Doch ich denke, sie sind dabei, Zeit zu gewinnen, anstatt nachzugeben. Man muss mit ihnen immer vorsichtig sein. Das ist keine Beschimpfung, aber man hat in der Praxis gesehen, dass dies keinesfalls eine Regierung ist, die Wort hält. Es ist eine Regierung, die keine Moral hat, die lügen und irgendwas sagen kann, Verpflichtungen eingeht und sie nicht einhält. Seit etwas mehr als einem Jahr haben wir das alles gesehen. Wir haben kein Vertrauen in diese Regierung, die ständig ihre Meinung ändern kann.

Haben Sie Erwartungen Frankreich gegenüber?
Die große Solidarität der Franzosen hat mich bewegt (nach dem Mord an Chokri Belaïd, Anm. d. Red.). Mit den Repräsentanten der Institutionen haben wir sehr mitmenschliche Beziehungen gehabt, die mich viel getröstet haben. Mir ist diese Solidarität in Demonstrationen, Aktionen und Presseartikeln begegnet. Ich hätte gerne, dass unsere französischen Genossen, alle Demokraten, dazu beitragen, die Vorgänge in Tunesien sichtbarer zu machen. Ohne zu lügen. Es genügt, wirklich die Augen zu öffnen. Wenn wir von der Ennahda als eine Macht sprechen, die nicht demokratisch ist, dann weigern sich gewisse französische Zeitungen , es zu veröffentlichen. Ich respektiere ihre Position, sie verteidigen eine Seite. Aber ich hätte gerne ein Gegengewicht dazu. Nicht für meine Augen, oder für die Augen von Chokri Belaïd, oder für das Blut von Chokri Belaïd, sondern für Tunesien, die Demokratie, für die Wahrheit. Sagen, was sich tatsächlich in Tunesien abspielt. Denn Tunesien hat dies wirklich nicht verdient.

Nach dem Drama, das Sie durchgemacht haben, sind Sie dennoch bereit, die Fackel wieder in die Hand zu nehmen…
Es ist nicht die Frage, ob ich dazu bereit bin oder nicht. Ich bin mitten auf dem Weg. Ich komme voran. Das ist ein Schicksal, das ich gewählt habe. Ich werde weitermachen und tun, was getan werden muss. Ja, ich nehme die Fackel wieder auf, weil Chokri Belaïd sein Leben für seine Werte gegeben hat. Er hatte keine Angst. Er ging geradewegs auf sein Ziel zu, im Wissen, umgebracht zu werden. Er hat seine Wahl klar getroffen. Man muss ihn ehren, seinen Weg fortsetzen. Und Tunesien ehren, denn es verdient dies alles nicht. (...)

Anmerkungen

(1) Politische Koalition, die sich gegenwärtig an der Macht befindet und sich aus drei Parteien zusammensetzt: Ennahda (religiöse Rechte), der Kongress für die Republik (CPR, links), aus dem der Präsident Moncef Marzouki hervorging, und Ettakatol (sozialdemokratisch).

(2) Insbesondere ein Staatsstreichversuch 1987 und ein der Bewegung zugerechnetes Attentat 1991.

http://www.bastamag.net/article3013.html?id mot=77

Übersetzung: Hans-Hermann Bohrer (coorditrad), Lektorat: SiG-Redaktion

Der Aufstieg des Südens

Der neue „Bericht über die menschliche Entwicklung 2013: Menschlicher Fortschritt in einer ungleichen Welt“ des UNDP bricht mit dem neoliberalen Dogma des „Washington Konsenses“. Ein starker politische Pol, der „Entwicklungsstaat“, ist demnach die Triebkraft Nr 1 für erfolgreiche Entwicklung.

Die deutsche Übersetzung des gesamten Berichts sowie eine deutsche Zusammenfassung sind unter http://hdr.undp.org/en/media/HDR2013 Summary German.pdf zu finden

Wolfgang Pomrehn

Erfolgreiche Aufholjagd

Trotz aller Probleme: Der UN-Bericht konstatiert enormen Aufschwung in sich entwickelnden Ländern des sozialökonomischen »Südens«

Die US-Wirtschaft findet nicht aus ihrem Loch heraus, in das sie mit dem Platzen der Hypothekenblase 2008 gefallen ist. In Europa bemüht sich die Bundesregierung nach Kräften, die Euro-Krise zu lösen – um sie tatsächlich immer weiter zu verschärfen. Und während die alten Zentren der ökonomischen Entwicklung schwächeln, zeichnen sich in Teilen Asiens, Lateinamerikas und auch Afrikas gewaltige Veränderungen ab.
Darauf macht der »Bericht über die menschliche Entwicklung« aufmerksam, den die UN-Organisation UNDP (United Nations Development Programme) veröffentlicht hat (siehe auch jW vom 19, März 2013). Titel: »Der Aufstieg des Südens«.

»Süden«, das ist hier Synonym für die Entwicklungsländer, mit »Norden« sind die früheren Industriestaaten gemeint (die nicht in jedem Falle heute noch solche sind). Es sind nicht sehr trennscharfe Begriffe, sie sollen jedoch eine Groborientierung ermöglichen. So werden Staaten wie Südkorea und Singapur mit ihren durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen (gemessen am Bruttoinlandsprodukt BIP/also der Wirtschaftsleistung innerhalb eines Jahres) von 28231 und 52613 US-Dollar den Entwicklungsländern zugerechnet. Nicht dazu gehört beispielsweise das EU-Mitglied Bulgarien, das nur auf ein BIP von 11400 US-Dollar pro Person kommt. Und Deutschland (35400 US-Dollar) auch nicht. Nebenbei bemerkt: Diese Werte basieren wegen der besseren Vergleichbarkeit nicht auf den Wechselkursen der Währungen, sondern auf sogenannten Kaufkraftparitäten, die zudem auf einen konstanten Wert, nämlich den des Dollars von 2005, bezogen werden.

Der UN-Bericht hat nicht allein den kometenhaften ökonomischen Aufstieg ost- und südostasiatischer Länder im Auge. Er stellt vielmehr in weiten Teilen der Welt (die in den 1980er Jahren und 1990er Jahren noch nahezu vom Welthandel abgeschnitten waren) einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung fest und verweist auf dessen historische Bedeutung: »*Die industrielle Revolution war eine Angelegenheit von vielleicht 100 Millionen Menschen*«, so Studienautor Khalid Malik, »*aber hier geht es um Milliarden von Menschen*«.

Gewöhnlich schauen Ökonomen allein auf makroöokonomische Indikatoren wie das oben zitierte Pro-Kopfeinkommen oder das Nationaleinkommen und dessen Wachstumsraten. Die seit 1990 in regelmäßigen Abständen veröffentlichten UNDP-Berichte haben jedoch einen breiteren Ansatz. Sie versuchen, die Länder nach einem Index, dem **HDI (Human Development Index**), zu beurteilen, in den neben den genannten ökonomischen Faktoren auch **Gesundheitsversorgung**, **Lebenserwartung**, Länge des **Schulbesuchs**, **Einkommensverteilung** und ähnliches einfließen.

Viele wichtige mikroökonomische Faktoren lassen sich kaum mit Angaben über die Wirtschaftsleitung erfassen. Ein Beispiel dafür ist die Revolution, die sich in der Kommunikation abspielt. Noch vor zehn Jahren war, wenn es um die Möglichkeiten des Internets ging, die Rede vom »digital divide«, von der digitale Spaltung der Welt. Das **World Wide Web** war noch im Jahre 2000 vor allem eine Sache des »Nordens«, seine Verbreitung im »Süden« sehr limitiert. Kaum 100 Millionen Menschen hatten dort seinerzeit Zugang zum Netz der Netze. In den entwickelten Ländern mit seiner erheblich kleineren Bevölkerung waren es bereits rund 300 Millionen. Im Jahre 2011 hatten sich die Verhältnisse umgekehrt. 1,5 Milliarden Menschen waren inzwischen in den Entwicklungsländern online, und zwar mit stark zunehmender Tendenz. In den alten Industriestaaten waren es nicht einmal die Hälfte, und hier verläuft der Anstieg wesentlich flacher. Die USA, wo das Internet in den 1970er Jahren seinen Anfang nahm, sind zwar nach wie vor das Land mit dem größten täglichen Datenverkehr, aber gleich danach kommen Länder wie Mexiko, China, Indonesien und Indien, so der Bericht.

Und auch was die **Mobiltelefonie** angeht, stehen die meisten Entwicklungsländer dem »Norden« nicht mehr nach. In China (das als Entwicklungsland und Teil des »Südens« bezeichnet wird) greifen demnach täglich mehr als eine halbe Milliarde Menschen auf das Netz mit ihren Smartphones zu. Im subsaharischen Afrika erreichen Mobiltelefone viele Gebiete, die weder ans Festnetz noch an eine zentrale Stromversorgung angeschlossen sind.

Die besseren Kommunikationsmöglichkeiten haben laut Bericht inzwischen die Wirtschaft dort erheblich belebt. Kleinbauern bekämen leichter Kredite und haben einen besseren Zugang zu den Märkten. Hinzu kommt, daß die Verbilligung der Solarstromerzeugung in den letzten Jahren dazu beiträgt, auch das Energieproblem vieler abgelegener Städte und Dörfer des »Südens« zu lösen, streicht der Bericht heraus. Wo bisher lange Wege bis zur nächsten Stromquelle in Kauf genommen oder teurer Treibstoff für den Dieselgenerator bezahlt werden mußte, bieten nun zunehmend Solarzellen eine günstige Alternative. Das Aufladen der Handys wird erleichtert, und in Kombination mit Batterien gibt es nun Licht

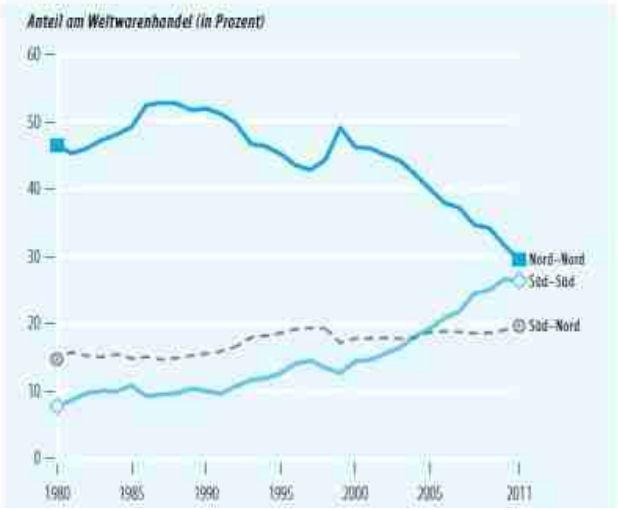
für die Abendstunden. Effekt: Einem Gewerbe kann länger nachgegangen oder für die Schule länger gelernt werden.

Über die Erfolgsgeschichten wie in China, Indien und Brasilien (deren tatsächlichen und vermeintlichen Schattenseiten zwar ebenfalls weltweit diskutiert werden, die aber hier nicht Thema waren. d. Red.) wird viel geschrieben. Deren Wirtschaft, heißt es in dem Bericht, wird 2020 vermutlich zusammen größer sein als die kombinierte Wirtschaftskraft Nordamerikas und der großen EU-Staaten. Aber auch andere Gesellschaften haben in den letzten beiden Jahrzehnten ihren HDI, also den Wohlstandgrad ihrer Bevölkerung, erheblich verbessert. 40 Länder sogar mehr als prognostiziert worden war. Die Zutaten für das Erfolgsrezept seien eine Mischung aus Teilhabe am Weltmarkt, einem stark zunehmenden Warenaustausch zwischen den Entwicklungsländern und klugen Sozialprogrammen gewesen, die die Ärmsten schützen. Mit der aktuellen Austeritätspolitik im »Norden«, das heißt, den rigiden »Sparprogrammen« in der Euro-Zone, sehen die Autoren des Berichts hingegen neue Gefahren für die Weltwirtschaft aufziehen.

http://www.jungewelt.de/2013/03-20/023.php?sstr=
Danke an Tageszeitung " junge welt“ und Wolfgang Pomrehn 12.04.2013

GRAFIK 2.1

Der Süd-Süd-Handel als Anteil am Weltwarenhandel hat sich im Zeitraum 1980 bis 2011 mehr als verdreifacht, während der Nord-Nord-Handel zurückging



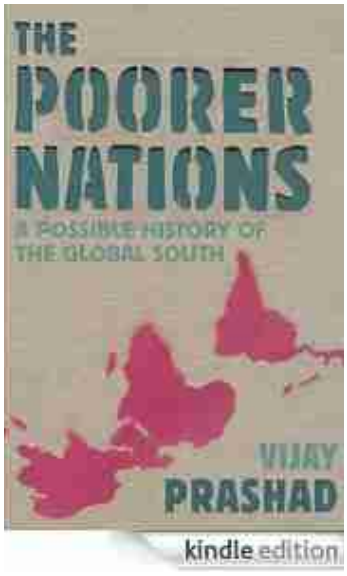
Die Triebkräfte des Aufstiegs einiger Länder des Südens in der Sicht des UNO-Reports: (S.80)

„Einerseits verzichten sie auf eine Reihe kollektivistischer, zentral gemanagter Vorschriften; andererseits weichen sie von der vollständigen Liberalisierung ab, die der ***Konsens von Washington*** *vorsieht.*
Diese Triebkräfte deuten eine Entwicklung hin zu einem neuen Ansatz an. Demnach ist ***der Staat*** *ein notwendiger Katalysator, der seine Politik und seine Maßnahmen entsprechend der neuen Realitäten und Herausforderungen der globalen Märkte pragmatisch anpasst.*
Diese neue Perspektive erkennt an, dass Entwicklung nicht automatisch stattfindet und dass Transformationsprozesse nicht allein den Märkten überlassen werden können. Stattdessen muss der Staat durch politische Konzepte und Institutionen, die die wirtschaftliche und soziale Entwicklung voranbringen können, die Gesellschaft aktiv mobilisieren. Das ist jedoch kein allgemeingültiges Rezept. Die Art und Weise, wie diese drei Elemente in politisches Handeln umgesetzt werden, ist kontextspezifisch und hängt von den Merkmalen des jeweiligen Landes, von den Kapazitäten der Regierung und von den Beziehungen zum Rest der Welt ab.

Triebkraft 1: Ein proaktiver Entwicklungsstaat
Bei Entwicklung geht es darum, eine Gesellschaft so zu verändern, dass sich das Wohlergehen der Menschen über Generationen verbessert, dass sich ihre Wahlmöglichkeiten in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Einkommen erweitern und dass sich ihre Freiheiten und ihre Chancen für sinnvolle gesellschaftliche Beteiligung ausweiten.
Ein gemeinsames Merkmal der Länder, die einen solchen grundlegenden Wandel geschafft haben, ist ein starker, proaktiver Staat, der auch als „Entwicklungsstaat“ bezeichnet wird. Der Begriff bezieht sich auf einen Staat mit einer aktiven Regierung und einer oft apolitischen Elite, die eine rasche wirtschaftliche Entwicklung als ihr oberstes Ziel ansieht. Einige gehen weiter und fügen noch ein weiteres Merkmal hinzu: Es ist ein Staat, der seiner Bürokratie die Macht und Autorität verleiht, politische Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Hohe Wachstumsraten und Verbesserungen beim Lebensstandard verleihen wiederum dem Staatsapparat und den herrschenden Eliten ihre Legitimität.“

Pepe Escobar
Auch der globale Süden steigt auf

Buchbesprechung zu: ***The Poorer Nations: A Possible History of the Global South***
(Die ärmeren Nationen: Eine mögliche Geschichte des Südens) von Vijay Prashad



"The Poorer Nations: A Possible History of the Global South" von Vijay Prashad. Erschienen bei Verso, März 2013. Preis US $ 26. 300 Seiten.

Es ist nicht zu weit hergeholt, sich vorzustellen, dass Walter Benjamins Engel der Geschichte der Versuchung erliegt und betont, dass die Zeit des globalen Südens endlich gekommen ist.

Oh ja, es wird eine lange, beschwerliche und kurvenreiche Straße werden. Aber wenn die Google/Facebook-Generation nur ein Lehrbuch bräuchte, das den Stoff, aus dem die Träume, Irrungen und Wirrungen der Dritten Welt im frühen 21. Jahrhundert gemacht sind, en detail beschreibt, so wäre es dieses, Vijay Prashads soeben veröffentlichtes Buch The Poorer Nations.

Nennen Sie‘s den post-modernen, digitalen Nachfolger von Frantz Fanons Klassiker *The Wretched of the Earth* (Die Verdammten dieser Erde).

Dies ist ein absolut essentielles Buch, das zusammen mit einem anderen Grund zur Freude gelesen werden sollte, *From the Ruins of Empire: The Revolt Against the West and the Remaking of Asia,* geschrieben vom globalen Asiaten Pankaj Mishra, das Schlüsselfiguren wie Jamal al-Din al-Afghani, Liang Qichao und Rabindranath Tagore verwendet, um eine außergewöhnliche Geschichte zu erzählen.

Prashad, Direktor für internationale Studien am Trinity College, Connecticut, und Autor des prächtigen *The Darker Nations*, das als Präambel zu diesem Buch gelesen werden sollte, stellt die Weichen von Anfang an richtig – das erforderliche Fanon-Zitat verwendend. (2) Was sich um 1961 konfigurierte, war ein Kampf zwischen dem Dritte Welt-Projekt (“für Frieden, Brot und Gerechtigkeit”) und dem Atlantischen Projekt. Wichtige Akteure: die Bewegung der blockfreien Staaten (*Non-Aligned Movement*, NAM), das de facto Sekretariat des Dritte Welt-Projekts, und die Gruppe der 77 Entwicklungsländer, die 1964 gegründet wurde, um im Namen der NAM bei den Vereinten Nationen zu agieren.

Die Gründer der NAM genossen Kultstatus in der post-kolonialen Welt: Jawaharlal Nehru in Indien, Gamal Abdel Nasser in Ägypten, Sukarno in Indonesien, Josip Broz Tito in Jugoslawien.

Doch sie wussten, dass dies ein harter Kampf war. Wie Prashad bemerkt, ”*die UN waren von den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats in Geiselhaft genommen worden. Der IWF [Internationaler Währungsfonds] und die Weltbank waren von den atlantischen Mächten gefangen genommen worden, und GATT [Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, Vorläufer der World Trade Organization] wurde entwickelt, um jeden Versuch der neuen Nationen, die internationale Wirtschaftsordnung zu revidieren, zu untergraben*.“

Was das Atlantische Projekt angeht, so würde ein Zitat von Henry Kissinger – dem Co-Zerstörer Kambodschas, Auslöser der Führung von Augusto Pinochet in Chile, angewiderten Saudi-Verbündeten (die “*nutzlosesten und feigsten unter den Arabern*”) und Ober-Lobpreiser des iranischen Shah (“*ein harter, mieser Kerl*”) – aus dem Jahre 1969 ausreichen: “*Vom Süden kann nichts Wichtiges kommen. Die Achse der Geschichte beginnt in Moskau, geht gen Bonn, wechselt herüber nach Washington, und geht dann nach Tokio. Was im Süden passiert, ist ohne Bedeutung.*”

Die Atlantiker waren heftig gegen das “*ohne Bedeutung*”-Dritte Welt-Projekt, aber auch gegen die Sozialdemokratie und den Kommunismus. Ihr Heiliger Gral bestand darin, in leichtgemachten Gewinnen durch eine neue globale Geographie der Produktion zu schwelgen, den “*technologischen Veränderungen, die es den Unternehmen ermöglichten, aus dem Lohngefälle Vorteile herauszuschlagen*“ – vor allem aus jenen sehr niedrigen Löhnen, die in ganz Ostasien gezahlt wurden.

Der Entstehung des Neoliberalismus war also die Bühne bereitet. Hier bewegt sich Prashad parallel zum unverzichtbaren David Harvey, indem er detailliert widergibt, wie der globale Süden dafür reif wurde, (wieder) voll ausgebeutet zu werden: *Bye Bye* den nationalen Befreiungsideen des kollektiven Guts.

Haltet die Barbaren draussen

Indem der IWF derzeit (neben der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank) Teil der Troika ist, die den meisten westeuropäischen Ländern einen Sparkurs diktiert, ist es leicht zu vergessen, dass die Dinge schon im Jahre 1944 ziemlich krumm waren. Die Entwicklungsländer hatten in Bretton Woods rein gar nichts mitzureden, von irgendeiner Art von Kontrolle über den fünfköpfigen UN-Sicherheitsrat ganz zu schweigen. Es war das Schweigen der Lämmer; die Wölfe herrschten, und die Ungleichheit wurde in Stein gemeißelt.

Prashad fährt mit den unverzichtbaren Details fort, wie der US-Dollar effektiv zur Welt-Währung wurde, wobei die USA den Preis des Dollar ohne Rücksicht auf die Konsequenzen weltweit *swingen* ließen; die Bildung der Gruppe der Sieben im Wesentlichen als ein Anti-Entwicklungsländer-Mechanismus (und nicht anti-sowjetischen); und natürlich die gefürchtete Trilaterale Kommission, die von Chase Manhattans David

Rockefeller eingerichtet wurde, um den Willen des Nordens gegen den Süden durchzusetzen.

Und raten Sie mal, wer der intellektuelle Architekt der Trilateralen war? Der unaussprechliche Zbigniew Brzezinski, der *Consigliere* des späteren Präsidenten Jimmy Carter. Dr. Zbig wollte "*die Ansteckungsgefahr der globalen Anarchie eindämmen*". Teile und herrsche, mal wieder; die Peripherie musste auf ihren Platz verwiesen werden.

Übrigens sollte man immer daran denken, dass Dr. Zbig, der 2008 außenpolitischer Berater von Barack Obama wurde, in seinem 1997er Epos *The Grand Chessboard* (auf Deutsch als "*Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft*" erschienen, Anm. des Übersetzers) schrieb: "*Die drei großen Imperative imperialer Geostrategie bestehen darin, unter den Vasallen geheime Absprachen zu verhindern und ihre Sicherheitsabhängigkeit aufrechtzuhalten, tributpflichtige Staaten fügsam und geschützt zu halten, und die Barbaren davon abzuhalten, zusammenzukommen.*" Für lange Zeit wurden die "*Vasallen*" leichterweise gezügelt; aber Dr. Zbig, Kissinger einen Schritt voraus seiend, plante bereits, wie man die beiden wichtigsten "*Barbaren*", die aufsteigenden eurasischen Mächte Russland und China, eindämmen könnte.

Die Gruppe der Sieben war ohnehin ein voller Erfolg, die überall ihre "*Theorie der Regierungsführung*" anschob, welche – von wem sonst – von der Bretton Woods-Mafia umgesetzt wurde. Prashad definiert sie geschickt: "*Was unter dem Namen des Neoliberalismus daherkam, war weniger eine kohärente ökonomische Doktrin, als vielmehr eine ziemlich einfache Kampagne der besitzenden Klassen, um ihre Position der Dominanz aufrechtzuhalten oder wiederherzustellen*", und zwar über die von David Harvey so bezeichnete "*Akkumulation durch Enteignung*", die nun auch Millionen von Europäern unter dem Codenamen "*Austerität*" bekannt ist.

Die Zahlen erzählen die Geschichte. Im Jahr 1981 betrug der Netto-Kapitalfluss in die Dritte Welt $3,52 Milliarden. Im Jahr 1987 verließen $30,7 Milliarden die Dritten Welt in Richtung westliche Banken. Lobet den Herrn und sein in Stein gemeißeltes Gesetz, welches auch als strukturelle Anpassung (*Structural Adjustment*) bekannt ist, das auf "*Konditionalität*" gründet (wilde Privatisierung, Deregulierung, Abbau sozialer Dienstleistungen, "*Liberalisierung*" von Finanzdienstleistungen).

In Anlehnung an Dylan, wenn man nichts hat, hat man immer noch dieses Nichts zu verlieren. Es gab nie eine politische Strategie des Nordens, um mit der Schuldenkrise der 1980er Jahre umzugehen. Den Lämmern des globalen Südens wurde in einer traurigen Prozession nur erlaubt, ihre der strukturellen Anpassung geweihte Hostie einer nach dem anderen zu erhalten.

Aber auch das war noch nicht genug. Mit dem Zerfall der UdSSR war Washington frei, die Doktrin der *Full Spectrum Dominance* zu entwickeln. Diejenigen, die nicht vollständig kuschten, wurden als "*Schurkenstaaten*" gebrandmarkt – wie Kuba, Iran, Irak, Libyen, Nordkorea, und eine Weile lang sogar Malaysia (weil es sich nicht dem IWF beugte).

Doch dann begann der globale Süden langsam, aber sicher aufzusteigen. Prashad detailliert die Gründe – der Rohstoff-Boom, der durch China angetrieben wurde; Rohstoff-Gewinne, die die lateinamerikanischen Finanzen verbesserten; mehr ausländische Direktinvestitionen, die durch die Welt wanderten. Der globale Süden begann, untereinander mehr Handel zu treiben.

Dann, im Juni 2003, entstand an den Rändern des Treffens der Gruppe der Acht in Evian, Frankreich, etwas, das **IBSA** (Indien-Brasilien-Südafrika-Dialog) genannt wurde. IBSA war eifrig darauf aus, "*den Nutzen der Globalisierung zu maximieren*" und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern. Brasiliens Außenminister Celso Amorim definierte dies damals als "*eine Ideologie im besten Sinne des Wortes – eine Ideologie der Demokratie, Vielfalt, Toleranz, eine Suche nach Zusammenarbeit."*

Parallel dazu boomte China. Es ist wichtig, an dieser Stelle an jene schicksalsträchtige Reise im November 1978 von Deng Xiaoping nach Singapur zu erinnern, wo er von Lee Kuan Yew bewirtet wurde; Prashad hätte ein ganzes Kapitel darum herum aufbauen können. Dies gab den Ausschlag. Deng wusste sofort, dass er die *Guanxi* ("*Verbindungen*") der chinesischen Diaspora zu melken hatte. Ich werde meinen ersten eigenen Besuch in Shenzhen nie vergessen, der nur einen Monat nach der sagenumwobenen Süd-Tour Dengs im Januar 1992 stattfand. Das war der Zeitpunkt, als der Boom richtig losging. Zu der Zeit fühlte ich mich, als steckte ich bis zum Hals im maoistischen China.

Weite Teile der Dritten Welt würden eine Übernahme eines *zhongguo moshi* – das chinesische Modell – nicht blind für sich in Betracht ziehen. Es verhält sich mehr wie bei diesem wunderbaren, von Prashad vorgestellten Ausspruch von Donald Kaberuka, einem ehemaligen Finanzminister Ruandas und jetzigen Präsidenten der Afrikanischen Entwicklungsbank: "*Wir können von [den Chinesen] lernen, wie wir unsere Handelspolitik organisieren, wie wir uns von niedrigen hin zu mittleren Einkommen bewegen, wie wir unsere Kinder in Fähigkeiten und Bereichen unterrichten, die sich in nur ein paar Jahren auszahlen werden*."

BRIC um BRIC

Was uns zu den **BRICS** bringt, die als eine Gruppe im Jahr 2009 aus der BRIC-IBSA-Union geschaffen wurde – und jetzt die Ober-Lokomotive des globalen Südens ist.

Bis dahin war "*China-bashing*" bereits zwangsläufig zu einer etablierten Kunst in Washington geworden; die Chinesen müssen unbedingt Verbraucher werden. Sie sind es, und sie werden es – aber in ihrem eigenen Rhythmus, und ihrem eigenen politischen Modell folgend.(3)

Selbst der IWF gibt bereits zu, dass die USA bis 2016 aufhören könnten, die größte Volkswirtschaft der Welt zu sein. Der große Fernand Braudel lag also schon richtig, als er *The Perspective of the World: Civilization and Capitalism, Fifteenth- Eighteenth Century* schrieb, indem er betonte, dass dies das "*Zeichen des Herbstes*" für die Atlantische Hegemonie sein würde.

Natürlich gibt es große Probleme mit den BRICS, wie Prashad im Detail beschreibt. Ihre Innenpolitiken können in der Tat als eine Art "*Neoliberalismus mit südlichen Eigenschaften*" interpretiert werden. Sie sind weit davon entfernt, eine ideologische Alternative zum Neoliberalismus zu sein. Sie waren hilflos, der überwältigenden militärischen Hegemonie der USA und der *North Atlantic Treaty Organization* (NATO) entgegenzuwirken (siehe zum Beispiel das Libyen-Fiasko). Und sie sind nicht der Embryo einer revolutionären Veränderung der Weltordnung.

Aber zumindest sind sie es, die "*einen Hauch frischer Luft ermöglichen, um der stagnierenden Welt des neoliberalen Imperialismus Sauerstoff zuzuführen*".

Die frische Luft wird in Form einer neuen Entwicklungsbank zirkulieren, eine BRICS-Bank des Südens als Version der südamerikanischen Banco del Sur, die im Jahr 2009 gegründet wurde (hier ist Prashads wichtige Stellungnahme dazu (4)). China und Brasilien haben einen Währungsswap-Deal im Wert von $30 Milliarden eingefädelt, um für ihre Handelsgeschäfte unter Umgehung des US-Dollar zu bezahlen. Peking und Moskau vertiefen ihre strategische Partnerschaft. (Siehe *BRICS auf der Überholspur* (5))

Die BRICS, so wie sie zusammengesetzt sind – drei große Rohstoffproduzenten plus zwei wichtige Rohstoffverbraucher, die einen Ausweg aus einer vom Westen durchgeführten Katastrophe zu finden versuchen –, sind nur ein Anfang. Sie entfalten sich bereits als mächtiger geopolitischer Akteur, der die Multi-Polarität betont. Sie werden mit den nächsten BRICS verbunden werden – MIST (Mexiko, Indonesien, Südkorea und die Türkei). Und nicht zu vergessen Iran. Zeit für BRICS-MIIST?

Was klar offensichtlich ist, ist, dass der globale Süden genug hatte – von den Verwüstungen des Casino-Turbo-Kapitalismus bis hin zur NATO, die von Nordafrika bis Vorderasien den Robocop spielt, um von der Umkreisung Eurasiens durch diese Dr. Strangelove-Chimäre gar nicht erst zu sprechen – einem Raketenschild.

Der globale Süden bleibt weiterhin voller Absurditäten; man muss nur an die Öl- und Erdgas-GCC-Petro-Monarchien denken – diese Vorbilder der "Demokratie" -, die jetzt als Anhängsel der NATO konfigurieren. Nur wenige Entwicklungen waren in letzter Zeit so erschreckend, wie das Lecken der NATO-Stiefel durch die Arabische Liga, indem sie gegen das Völkerrecht verstieß, um zwielichtige syrische "Rebellen" in den Stuhl eines souveränen Staates zu hieven, und zwar in den eines ihrer eigenen Gründungsmitglieder.

Seltsame Szenen in der Goldmine

Der Niedergang des Neoliberalismus wird blutig werden – und er wird einige Zeit dauern. Prashad versucht, eine objektive Analyse im Hinblick auf die Einheit des globalen Südens vorzunehmen, indem er auf die Arbeit des indischen Marxisten Prabhat Patnaik aufbaut.

Patnaik ist ein solider Kerl. Er weiß, dass "*ein koordinierter globaler Widerstand nicht am Horizont steht*". Stattdessen "*betont er die Zentralität des Aufbaus von Widerstand innerhalb des Nationalstaates, und seine Analyse kann leicht auf Regionen ausgedehnt werden (er schreibt hauptsächlich über Indien, aber die Analyse, die er bereitstellt, ist gleichermaßen anwendbar auf die bolivarischen Experimente in Lateinamerika)*".

Die Straßenkarte sieht also vor, die "*bäuerliche Frage*" anzupacken, die sich im Wesentlichen um Land und Rechte dreht, und auf die Konzentration auf die unmittelbaren Kämpfe zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Zwangsläufig muss sich Prashad auf den bolivianischen Vizepräsident Alvaro Garcia Linera beziehen, einem der besten zeitgenössischen lateinamerikanischen Intellektuellen.

In vielen Aspekten ist die Emanzipation des globalen Südens am weitesten in Teilen **Südamerikas** gediehen; ich war äußerst beeindruckt, als ich im Frühjahr 2008 in Bolivien war. Prashad fasst Lineras Analyse, wie sich der Prozess entwickelt, gut zusammen:
Es beginnt mit einer Krise des Staates, die es einem "sozialen Dissidenten-Block" erlaubt, die Menschen in ein politisches Projekt hinein zu mobilisieren. Es entwickelt sich ein "katastrophales Patt" zwischen dem Block der Macht und dem Block der Menschen, das im Fall von Lateinamerika für den Moment zugunsten der Seite der Menschen gelöst werden konnte. Die neue Regierung muss dann "Oppositionsforderungen in staatliche Maßnahmen umwandeln" und eine tiefere und breitere Hegemonie aufbauen, "indem die Ideen der mobilisierten Gesellschaft mit materiellen Ressourcen kombiniert werden, die durch oder über den Staat zur Verfügung gestellt werden." Der Wendepunkt ("Bifurkationspunkt") kommt laut Garcia Linera durch eine "Reihe von Konfrontationen" zwischen den Blöcken, die auf unerwartete Weise gelöst werden, entweder mit der Konsolidierung der neuen Situation oder der Wiederherstellung der alten. Wir sind am Bifurkationspunkt oder ihm sehr nahe. Was als nächstes kommen wird, kann nicht vorhergesagt werden.

Was den besten Köpfen in Asien, Afrika und Lateinamerika auf jeden Fall inzwischen bekannt ist, ist, dass es nie ein Ende der Geschichte gibt, wie von den erbärmlichen Waisen Hegels nachgeplappert wird, und dass es nie ein Ende der Geographie gibt, wie von den "die Welt ist flach"-Globalisierungs-Tanznarren nachgeplappert wird. Die geistige Befreiung des globalen Südens vom Norden ist endlich unterwegs. Und sie ist unumkehrbar. Es gibt keinen Weg zurück zur alten Ordnung. Wenn dies ein Film wäre, würde 1968 noch einmal wiederholt werden – die volle Zeit, die ganze Zeit: lasst uns Realisten sein und das Unmögliche fordern und umsetzen.

Anmerkungen des Übersetzers:

(1) In der englischen Überschrift, *The South also rises*, verwendet Escobar anscheinend ein kleines Wortspiel, indem er einen Rückgriff auf *Fiesta: The Sun Also Rises* von Ernest Hemingway tätigt, wobei dieser Titel wiederum auf Salomo 1,5 (Ecclesiastes) zurückgeht – "*One generation passeth away, and another generation cometh; but the earth abideth forever … The sun also ariseth, and the sun goeth down, and hasteth to the place where he arose."*

(2) Das Zitat von Frantz Fanon aus dem Jahr 1961 lautet: "*The Third World today faces Europe like a colossal mass whose project should be to try to resolve the problem to which Europe has not been able to find the answers."*

(3)
http://www.europesworld.org/NewEnglish/Home_old/Article/tabid/191/ArticleType/ArticleView/ArticleID/22086/language/en-US/WhyChinaprefersitsownpoliticalmodel.aspx

(4)
http://www.counterpunch.org/2013/03/27/china-finds-its-place/

(5)
http://www.larsschall.com/2013/03/26/das-wandernde-auge-brics-auf-der-uberholspur/

Quelle:
http://www.larsschall.com/2013/04/09/das-wandernde-auge-auch-der-globale-suden-steigt-auf/

Kerstin Sack, Harald Neuber

“Es gibt gutes und schlechtes Wachstum”

Ecuadors Präsident Rafael Correa spricht vor Tausenden in Berlin

Ecuadors Präsident Rafael Correa hat während seines Besuchs in Berlin für eine **Abkehr von neoliberalen Wirtschaftskonzepten** plädiert. "*Wachstum alleine ist nicht positiv*", sagte der Ökonom. Wenn ein Land wie Ecuador in großem Maße Erdöl exportiere, sähen die makroökonomischen Zahlen zwar gut aus, erklärte Correa vor über 1.700 Gästen in der Technischen Universität Berlin am 16. April. "*Das heißt aber noch lange nicht, dass es den Menschen besser geht – und das sollte schließlich das Ziel der Politik sein, der moralische Imperativ*", so Correa bei der Veranstaltung, die von amerika21.de-Redakteur Harald Neuber eingeleitet und moderiert wurde.

In seinem Vortrag, einer gut einstündigen Vorlesung über Politische Ökonomie am Beispiel Ecuadors, mahnte Correa, dass die Studierenden nicht der etablierten Wirtschaftstheorie Glauben schenken sollten, da diese vor allem das Dogma der freien Märkte und des Rückzugs des Staates zur Grundlage habe. "*Diese Theorien sind Ideologien, die als Wissenschaft verkleidet sind*", betonte Correa immer wieder. Unter anderem kritisierte er das **Dogma der autonomen Zentralbanken.** "*Wir haben so viele Dinge so oft gehört, dass sie uns als selbstverständlich und unveränderbar vorkommen*", so Correa. Dabei gelte es, die politische Ökonomie zu erkennen. Mit den Zentralbanken habe der Staat ein unerlässliches Instrument zur Verfügung, um die Wirtschaft im Interesse der Bevölkerungen und nicht der Märkte zu nutzen. Correa war es bei seinen Vergleichen zwischen neoliberaler und linker Ökonomie offenbar wichtig, aufzuzeigen, dass es in der Politik immer eine Entscheidungsmöglichkeit gibt.

"***Was Europa derzeit erlebt, kennt Lateinamerika zur Genüge**, es kommt uns wie ein Déjà-vu-Erlebnis vor, denn wir haben diese sogenannte Schuldenkrise schon erlitten, also machen Sie in Europa bitte nicht die gleichen Fehler wie wir*", sagte Correa unter dem Applaus der Gäste im vollen Saal. Niemand wolle und könne in Abrede stellen, dass Fehler ausgeräumt werden müssen. Dazu gehöre die fehlende Angleichung von Löhnen und Produktivität. "*Aber es kann derzeit auch niemand daran zweifeln, dass das Ziel der herrschenden Politik darin besteht, den Banken ihre Ausstände zu zahlen, anstatt die Krise mit dem geringsten Schaden für die Bürger zu überwinden*", so Correa.

Während der Großveranstaltung an der Universität kam es zu angekündigten **Protesten von Umweltschutzaktivisten**, die sich gegen den geplanten Kupferbergbau in der Region Intag aussprechen. Die meist jugendlichen Aktivisten übergaben im Vorfeld der Rede gut 60.000 Unterschriften an den ecuadorianischen Minister für strategische Ressourcen, Rafael Poveda Bonilla. Im Saal nutzen sie die Rede für eine Protestaktion. In Informationsmaterial betonten die Protestteilnehmer, dass sie sich mit der lokalen Bevölkerung solidarisierten, die von dem geplanten Bergbau betroffen wären. Correa forderten sie auf, statt Kupferbergbau den Anbau von biologischem Kaffee als wirtschaftlicher Alternative zu unterstützen.(1)

Vor der Konferenz in der TU Berlin hatte der im Februar 2013 mit großer Mehrheit wiedergewählte Präsident von Ecuador bei der **13. Lateinamerikakonferenz der Deutschen Wirtschaft** die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Ecuador erläutert. Auch hier sprach Correa als Hauptredner in dem überfüllten Raum im Haus der Deutschen Wirtschaft. Dabei versicherte er, dass Ecuador mit einem "*guten Wachstum*" eine deutliche Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung erreicht habe. So sei das Wirtschaftswachstum seit seiner Regierungsübernahme 2006 stetig gewachsen, gleichzeitig sei die Arbeitslosigkeit auf zur Zeit 4,6 Prozent, die Armut um zehn Prozent und die extreme Armut um acht Prozent gesunken. Grundlage für diese Ergebnisse seien die Neuverhandlungen der Schulden, die erhöhten Steuereinnahmen, die Erhöhung der Renten, Löhne, Mindestlöhne und Investitionen des Staates. "*Es gibt gutes und schlechtes Wachstum*", so Correa. Von dem schlechten Wachstum profitiere die Wirtschaft, aber nicht die Menschen. Die Regierung Ecuadors verfolge das Ziel des "*guten Wachstums*" das zur Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung diene.

Correa wandte sich am Schluss an seinen Vorredner, den deutschen Entwicklungsminister **Dirk Niebel** (FDP). Der hatte einen freien Handel gefordert, in dem die Privatwirtschaft und öffentlich-private Partnerschaften eine zentrale Rollen spielen sollen. Indirekt hatte er Länder wir Ecuador kritisiert, die ihre lokalen Wirtschaften "abschotteten".

Correa machte in seiner Antwort deutlich, dass **Ecuador seine Wirtschaft schützen müsse,** da sie sonst keine Chance habe, sich gegen die ausländischen Investoren durchzusetzen. Auch habe sich gezeigt, dass die **Stärkung der Rolle des Staates** zu guten Ergebnissen führe. Dennoch sei Ecuador offen für ausländische Investitionen.

http://amerika21.de/2013/04/82374/rafael-correa-berlin

(1) Hinweis der SiG-Redaktion:

„Der Staatschef verwies darauf, daß nur mit Ökotourismus und ohne Ressourcenabbau ein Ende der Armut nicht zu erreichen sei. Ecuador sei das erste Land, das der Natur in der Verfassung Rechte einräume. Die Reduktion des Rohstoffausbaus sei erklärtes Ziel, betonte er. Gleichwohl müßten die Ressourcen im Moment dazu genutzt werden, um eine Gesellschaft aufzubauen, die über genug Bildung und Technologie verfügt, um dieses auch zu erreichen. In diesem Kontext kritisierte er auch Nichtregierungsorganisationen mit oft »fragwürdiger Finanzierung«, die unter dem Schirm des Umweltschutzes der Armutsbekämpfung und der »Demokratie der Mehrheit« entgegenarbeiten würden.“

http://www.jungewelt.de/2013/04-18/045.php?sstr=correa|berlin

Alfred Mente: Auszüge aus dem Vortrag des Ecuadorianischen Präsidenten im Audimax der TU

Ecuador bietet der Welt derzeit eine grundsätzlich alternative Lesart der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise an.
Der Präsident von Ecuador, Rafael Correa Delgado, setzt seit 2007 unabhängig vom wirtschaftspolitischen Mainstream eine ökonomische Strategie um, die die negativen Folgen der ecuadorianischen Finanzkrise von 1999/2000 beseitigte. Diese Strategie ist eines der wichtigsten Elemente des als „Bürgerrevolution" bezeichneten **radikalen Reformprozesses** der Regierung von Rafael Correa. Der Ökonom und Ex-Bankenregulator Prof. William K. Black von der Universität Missouri hebt hervor: "*Correas mutige Politik senkte die Arbeitslosigkeit, verringerte die Armut beträchtlich und erreichte sowohl politische Stabilität als auch starken politischen Rückhalt.*"
So betrug im Jahr 2012 die Erwerbslosenquote 5,2 Prozent, ein Niedrigrekord in der südamerikanischen Region, während sie 2004 noch bei 9,1 Prozent lag.

Das **Wachstum** des realen BIP betrug 2011 in Ecuador im Vergleich zum Vorjahr 8%.
Der Anteil der Bevölkerung, der in **extremer Armut** lebt, ist zum ersten Mal **unter zehn Prozent** gefallen. Der GINI-Koeffizient, der die sozialen Disparitäten misst, ist in den letzten sechs Jahren von 0,55 auf 0,47 gesunken.
Ecuador investiert heute **dreimal so viel in Bildung und Soziales**, in Gesundheit sogar viermal so viel, und setzt eine ethische Revolution um:
Die **Korruptionsbekämpfung** verzeichnet Erfolge, Steuerflucht wird jetzt strafrechtlich verfolgt, Bankengewinne werden seit dem l. Januar 2013 zur Finanzierung von Sozialhilfe mit herangezogen Nicht mehr die Verluste der Kreditinstitute werden sozialisiert, sondern erstmals die Gewinne!

Die **Verfassung von Ecuador** wurde 2008 innerhalb von acht Monaten von einem gewählten Verfassungskonvent unter aktiver Beteiligung der Bevölkerung - in Form von offen zugänglichen Foren - ausgearbeitet und im September desselben Jahres per Volksentscheid angenommen.
Die ecuadorianische Verfassung sieht auch **besondere Rechte der indigenen Bevölkerung** vor und formuliert ein ökologisches Existenzrecht als Menschenrecht in Verbindung mit einem neuen Wirtschaftsmodell, das sog. **Gute Leben (Buen Vivir)**, bei dessen Umsetzung dem Staat besondere Verantwortung obliegt.
Die Bürgerrevolution ist aber auch eine **Umweltrevolution**: Weltweit erstmalig sind die Rechte der Natur in der Verfassung der Republik Ecuador verankert. Die Natur als Rechtssubjekt wird auch an der einzigartigen Umweltinitiative Yasuni-ITT deutlich, welche der historischen Verantwortung der Industrieländer für die negativen Auswirkungen des Klimawandels und des CO2-Ausstoßes Rechnung trägt.

Wie konnten diese Erfolge erreicht werden?
Die Regierung hat die umfassendste **Finanzreform**, die ein Land im 21. Jahrhundert durchgeführt hat, umgesetzt. Bei einer **Überprüfung der Auslandsverschuldung** durch eine aus ecuadorianischen und internationalen Experten zusammen gesetzten Kommission, wurde die Unrechtmäßigkeit von 32% der Auslandsschulden festgestellt. Diese wurden daraufhin gestrichen. Die Zinslastquote betrug 2006 noch über 9% - sie sank nach diesem Schuldenaudit bis 2009 auf 2,5% des BIP.
Die **Schuldenstandsquote** liegt seitdem bei **nur noch 22%**. Im Jahr 2001 lag sie noch bei 67%.
Diese Maßnahmen sind von Correa in den letzten sechs Jahren erfolgreich umgesetzt worden, obwohl sie nach vorherrschender Meinung als wirtschaftsfeindlich gelten.

Heute stellt sich die Situation Ecuadors folgendermaßen dar:
1. Höchste Sozialinvestitionen in der Region (vgl. Weltbank sowie Wirtschaftskommission der UNO für Lateinamerika und die Karibik, CEPAL, 2012).
2. Dritthöchstes Wirtschaftswachstum der Region.
3. Laut Index der menschlichen Entwicklung (Human Development Index) der Vereinten Nationen von 2013 steht Ecuador an dritter Stelle auf dem amerikanischen Kontinent.
4. Über 50% des Staatshaushalts werden durch das Steueraufkommen finanziert.
5. Der Bildungshaushalt stieg um 144% im Vergleich zum Jahr 2006, Ecuador baut vier Exzellenz-Universitäten und erteilte 5000 Stipendien für Studierende an den weltweit besten Universitäten.
6. Die öffentliche Gesundheitsversorgung ist kostenlos und in den vergangenen fünf Jahren wurden mehr als 7 Milliarden US-Dollar in das Gesundheitswesen investiert.
7. Die Infrastruktur wurde ausgebaut, z. B. durch den Bau von mehr als 7600 km Autobahnen, Erweiterung des Telekommunikationsnetzes und Errichtung neuer Flughäfen sowie Häfen für kleine Fischereibetriebe.
8. Demokratisierung der Kommunikation: Das private Medienmonopol wurde abgeschafft und allen Staatsbürgern die Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit nicht nur de jure, sondern de facto garantiert. Bis 2006 befanden sich alle großen Medien des Landes im Privatbesitz von sechs Familien, heute ist die Medienlandschaft zunehmend demokratisch strukturiert.
9. Radikale Energiewende: Die Nutzung erneuerbarer Energien wird vorangetrieben.
10. Modernisierung und Reformierung der Justiz: Erstmals öffentliche Ausschreibung von Richterposten, bauliche Modernisierungsmaßnahmen und struktureller Umbau der Justizverwaltung nach Kriterien der Transparenz und Effizienz.
11. Die Außenpolitik strebt die lateinamerikanische Integration an sowie die Verteidigung der ecuadorianischen Souveränität.

http://www.alfredmente.de/html/lateinamerika.html

Nein zum Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru

25.4.2013
Zahlreiche Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen warnen vor der Verabschiedung des Freihandelsabkommens der EU mit Kolumbien und Peru nächste Woche (3.5.). Es bestehe die Gefahr, dass die Handelsliberalisierung zu neuen Menschenrechtsverletzungen und zu schwersten ökologischen Schädigungen führe, heißt es in einem aktuellen Protestschreiben. Der Bundesrat wird in der kommenden Woche - als letztes deutsches Gremium - abschließend über das Abkommen beraten. Seine Zustimmung gilt als sicher. Hintergrund ist die hohe außenpolitische und wirtschaftliche Bedeutung, die dem Vertrag in Berlin beigemessen wird. Das Abkommen sichert deutschen Unternehmen einen günstigen Zugriff auf die Rohstoffe der beiden ressourcenreichen Länder und intensiviert zudem die Zusammenarbeit mit der "Pazifik-Allianz", einem noch jungen Bündnis von vier lateinamerikanischen Staaten - darunter Kolumbien und Peru -, das als "strategisches Gegengewicht" zu dem Staatenbund ALBA um Kuba und Venezuela eingestuft wird. ALBA sucht sich der Hegemonie der USA und der EU zu entziehen. Die Bundesregierung hat jüngst auch den Berlin-Besuch des ecuadorianischen Präsidenten Rafael Correa zu nutzen versucht, um ALBA zu schwächen. Die Umbrüche in Venezuela nach dem Tod des populären Präsidenten Hugo Chávez gelten ihr als Chance, den westlichen Einfluss in Südamerika zu konsolidieren.
Mehr: http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58586
Vollständiger Text des offenen Briefs: http://www.ewnw.de/sites/default/files/Offener_Brief_an_die_Mitglieder_des_%20Deutschen_Bundesrats.pdf

Attac Österreich

Zypern: Schock ohne Therapie

27.03.2013
Für Attac bietet das Zypernpaket trotz einzelner positiver „Tabubrüche“ alles andere als eine nachhaltige Lösung. „*Zypern ist nicht der 'Sonderfall', als den ihn die politischen Eliten bezeichnen*“, erklärt Karin Küblböck von Attac Österreich. "*Viele der Probleme bestehen auch in anderen Staaten und benötigen eine EU-weite Lösung.*"
Zypern zeige jedoch auch, dass die bisher als „alternativlos“ bezeichnete Krisenpolitik veränderbar ist.

"*Es ist grundsätzlich richtig marode Banken in die Pleite zu schicken, doch nicht nur Zypern hat unterkapitalisierte Banken. Der Bankensektor ist europaweit viel zu groß. Noch immer fehlt der politische Wille, das Finanzsystem grundsätzlich zu regulieren, zu schrumpfen und 'systemrelevante' Banken zu zerteilen. Wir werden nicht nur in Zypern weitere Bankenpleiten erleben. Solange die Politik hier nicht handelt, ist die gesamte Eurozone in Gefahr*“, warnt Küblböck.

Die Beteiligung der Aktionäre und vermögender Anleger ist ein Fortschritt, verschont jedoch viele Nutznießer des zypriotischen Systems. Sie werden ihr - in Briefkastenfirmen oder Holdinggesellschaften geparktes - Geld problemlos in die nächste Steueroase schaffen. Küblböck: „*Die EU kritisiert zu Recht das „Geschäftsmodell“ Zyperns. Dennoch fehlen effektive Maßnahmen gegen Steueroasen – kein Wunder, sind doch viele EU-Staaten selbst welche.*“ Zypern befindet sich im Ranking der intransparentesten Finanzplätze auf Platz 20 - noch hinter Österreich (17.), Deutschland (9.) oder Luxemburg (3.)* „*Die EU muss geschlossen gegen intransparente Eigentümerstrukturen vorgehen und den automatischen Informationsaustausch der Finanzbehörden umsetzen*“, fordert Küblböck. Auch Österreichs Festhalten am Bankgeheimnis sei skandalös. Zudem müsse der europäische Steuerwettbewerb bei Kapital-, Vermögens-, und Unternehmenssteuern durch eine Steuerharmonisierung unterbunden werden. Sinnvoll und gerecht wäre eine europaweit koordinierte Vermögenssteuer.

Der freie Kapitalverkehr galt bisher als eines der neoliberalen „Heiligtümer“ des EU-Binnenmarktes. Dabei sind Kapitalverkehrskontrollen ein wichtiges Mittel, um Finanzblasen zu verhindern oder die Folgen ihres Platzens zu begrenzen. Sie wären auch ein effektives Instrument um Steueroasen weltweit zu sanktionieren. Vermögende könnten sich zudem nicht mehr so leicht ihrer Steuerverantwortung entziehen. „*Zypern beweist, dass es nicht an der Umsetzbarkeit sondern am politischen Willen mangelt, den freien Kapitalverkehr auch für diese Zwecke zu beschränken*“, erklärt Küblböck.
Heftige Kritik übt Attac daran, dass die radikale Kürzungspolitik, die schon Griechenland und Spanien ruiniert hat, nun wohl auch in Zypern umgesetzt werden soll. Dabei hat Zypern kein strukturelles Haushaltsproblem. „*Die von den Banken ausgelöste Krise wird der Troika wieder als Vorwand dienen, zu privatisieren, Löhne zu kürzen und soziale Rechte abzubauen. Die Folge wird eine tiefe Rezession und eine Verschärfung der Krise sein*“, warnt Küblböck. „*Zypern benötigt nach dem berechtigten Ende seines Geschäftsmodells solidarische Hilfen, um seine Wirtschaft mittelfristig neu zu strukturieren. Stattdessen versetzt die EU dem Land einen Schock ohne Therapie.*“

-- * Beinahe die Hälfte der Top 20 des Index sind Mitglieder der EU oder von einem Mitglied abhängige Gebiete.

http://www.attac.at/presse/attac-presseaussendung/datum/2013/03/27/zypern-schock-ohne-therapie.html

Winfried Wolf:
Zypern als Blaupause
– anstatt Island als Beispiel
http://www.labournet.de/wp-content/uploads/2013/04/wolf_zypern.pdf

Attac Österreich

Offshore-Leaks: Regierungen tragen die Hauptverantwortung für Steuerbetrug

Attac fordert Sanktionen für Steueroasen

05.04.2013,

„*Es ist bezeichnend: Steuerhinterzieher fliegen nicht durch Maßnahmen der Regierungen auf, sondern durch Informanten aus dem System und unabhängigen Medien*“, erklärt Gerhard Zahler-Treiber von Attac Österreich. Die Regierungen ignorieren großteils seit Jahren das Problem oder versuchen aktiv Anreize zur Kapitalflucht aus anderen Ländern zu schaffen. Sie bedienen damit die Interessen der Profiteure dieses Systems wie Vermögende, transnationale Konzerne, Banken, Steuerberatungsfirmen und Juristen.“

„*Steuerbetrug ist kein Naturereignis. Steueroasen zu schließen ist eine Frage des politischen Willens*“, erklärt Zahler-Treiber. Die meisten Steueroasen sind Protektorate europäischer Länder oder der USA. Sie können durch politischen Druck geschlossen werden. **Vorrangig sind für Attac drei Maßnahmen:**

1. Ein weltweiter automatischer Informationsaustausch der Finanzbehörden. Dieser muss Kapitaleinkommen, Dividenden, Veräußerungsgewinne, Derivate, Trusts und Stiftungen erfassen. Das Bankgeheimnis muss weltweit abgeschafft werden.

2. Mehr Transparenz durch die Offenlegung von Vermögenswerten und Geldströmen sowie der wirtschaftlich Begünstigten von Stiftungen, Trusts oder Briefkastenfirmen.

3. Um die Steuertricks der internationalen Konzerne zu bekämpfen, fordern Attac und das Tax Justice Network eine globale Einheitsbesteuerung („unitary taxation“). Dabei werden Großkonzerne als Einheit besteuert. Sie müssen auf Grundlage eines gemeinsamen Berichts aller Tochterunternehmen ihre Tätigkeiten und Gewinne weltweit ausweisen.

Bei Nichtkooperation von Steueroasen sollte der Kapitalverkehr in und von diesen Ländern eingeschränkt werden. Weitere effektive Maßnahmen wären Abschlagsteuern auf Dividenden-, Zins- und sonstige Gewinnübertragungen aus Steueroasen, Quellensteuer auf alle Überweisungen in Steueroasen oder der Entzug der Banklizenz für alle Banken, die Niederlassungen in Steueroasen betreiben.
Auch Österreich nimmt mit seinem Festhalten am Bankgeheimnis und der Blockade des automatischen Informationsaustauschs in der EU eine unrühmliche Rolle ein. „*Der einzige Zweck des Bankgeheimnisses besteht darin Steuerhinterziehung zu ermöglichen. Es muss endlich abgeschafft werden*“, fordert Zahler-Treiber. „*Steueroasen sind ein Werkzeug zur Umverteilung zugunsten der Vermögenden. Gerade in der aktuellen europäischen Krise fehlt den Staaten das hinterzogene Geld für öffentliche Aufgaben. Anstelle endlich effektive Maßnahmen gegen Steuerflucht zu ergreifen wird europaweit privatisiert und bei sozialen Ausgaben gekürzt.*“

Attac Frankreich: *Schluss mit der Steuerflucht*

5. April 2013
Sehr geehrter Herr Staatspräsident,
Die Affäre Cahuzac zeigt den Französinnen und Franzosen auf unverblümte Weise, mit welcher Nachlässigkeit, ja sogar Selbstgefälligkeit die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft gegenüber der Steuerflucht agieren.
Was ist der Grund, dass seit 2002 bei den Steuerbehörden 25.000 Stellen gestrichen wurden? Weshalb ging die Zahl der Steuerprüfungen von persönlichen Einkommensverhältnissen zwischen 2006 und 2011 um 12% zurück? Was ist der Grund dafür, dass jährlich 60 bis 80 Milliarden Euro an der Steuer vorbeifließen, iund gleichzeitig die Haushaltsdefizite als Begründung für die Opfer bei den Renten, den Sozialhilfeleistungen, den Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst und bei den Investitionen in den Umweltschutz angegeben werden?
Ihre Regierung kann fünf Sofortmaßnahmen ergreifen, die der Selbstgefälligkeit ein Ende setzen:

1. **Stellen Sie innerhalb von 12 Monaten zusätzlich mindestens 1 000 Mitarbeiter in der Steueraufsicht** zur Unterstützung der derzeit 5 000 im Amt befindlichen Steuerprüfer ein. Jeder dieser neu Eingestellten wird dem Staat aufgrund der durchgeführten Steuerüberprüfungen mindestens 2,3 Millionen Euro pro Jahr einbringen, also das 40-fache seines Gehalts!

2. **Fordern Sie von den Banken die Veröffentlichung der Identität aller französischen Staatsangehörigen, die Bankkonten im Ausland besitzen**. Das FATCA (Foreign Account Tax Compliance Act) verpflichtet seit Anfang 2013 alle Bankengruppen, die in den USA agieren, auf Anfrage dem amerikanischen Fiskus die Daten seiner Staatsangehörigen weiterzugeben: Hierfür braucht es also nur politischen Willen!

3. **Stellen Sie zusammen mit Fachverbänden eine glaubwürdige Liste aller Steueroasen auf**, die wie schwarze Löcher dunkle Finanzgeschäfte und Korruption verdecken

4. **Stellen Sie den Banken, die in Frankreich agieren, ein Ultimatum, innerhalb von 12 Monaten ihre Niederlassungen in diesen Steueroasen zu schließen,** ansonsten verlieren sie ihre Banklizenz. 527 Niederlassungen französischer Banken befinden sich in Steueroasen, wovon allein 360 auf BNP Paribas entfallen!

5. **Fordern Sie von den multinationalen Konzernen, die sich in Frankreich niedergelassen haben, ein "Reporting nach Land"**: Eine solche Transparenz hinsichtlich der Umsatzzahlen, der Gewinne und der Steuern, die in jedem Land gezahlt wurden, ermöglicht dem Fiskus, die Manipulationen der Verrechnungspreise zwischen Niederlassungen der multinationalen Konzerne zu vereiteln und damit endlich die Gewinne von Total oder Google steuerlich zu veranlagen.

Der Wandel beginnt jetzt oder nie!

http://www.france.attac.org/articles/apres-cahuzac-stoppez-levasion-fiscale-lettre-ouverte-francois-hollande (Inzwischen von 100 französischen Persönlichkeiten unterzeichnet)
Übersetzung: Kirsten HEININGER

Blockupy

ruft auch in diesem Jahr zu europäischen Tagen des Protestes in Frankfurt am Main gegen das Krisenregime der Europäischen Union auf.

Am 31. Mai und 1. Juni 2013 wollen wir den Widerstand gegen die Verarmungspolitik von Regierung und Troika – der EZB, der EU-Kommission und des IWF – in eines der Zentren des europäischen Krisenregimes tragen: an den Sitz der Europäischen Zentralbank (EZB) und vieler deutscher Banken und Konzerne – den Profiteuren dieser Politik.
Die **Verarmungs- und Privatisierungsprogramme**, die schon vor Jahrzehnten den Ländern des Globalen Südens aufgezwungen wurden, sind jetzt in Europa angekommen. Die deutsche Agenda 2010 war nur ein Modellprojekt für das, was in noch dramatischerem Umfang gegenwärtig insbesondere in Südeuropa durchgesetzt wird. Diese Verelendung wird sich – auch hier – noch weiter verschärfen, wenn wir uns nicht wehren: Es droht der weitere Abbau sozialer und demokratischer Rechte. Damit soll die Zahlungsfähigkeit für die Renditeerwartungen der großen Vermögen erhalten bleiben und durch die Verbilligung und Prekarisierung von Lohnarbeit die „ökonomische Wettbewerbsfähigkeit" Deutschlands und (Kern-)Europas auf dem kapitalistischen Weltmarkt gesteigert werden.
Gemeinsam mit den Menschen im Süden Europas sagen wir: „Don't owe, don't pay!" (Wir schulden nichts, wir zahlen nichts!) und wehren uns dagegen, dass die Sanierung des Kapitalismus in Europa auf dem Rücken der Lohnabhängigen, der Erwerbslosen, der Rentner_innen, der Migrant_innen und der Jugendlichen ausgetragen wird. Wir verweigern uns der Komplizenschaft mit der deutschen Krisenpolitik, die nicht nur katastrophale Folgen für die Lebensverhältnisse der Menschen im Süden Europas hat, sondern auch hierzulande die soziale Spaltung immer weiter vorantreibt. (...). Zu uns gehören Initiativen gegen steigende Mieten, kommunale Verarmung und Schikanen am Jobcenter, gegen Abschiebungen, Lager und Residenzpflicht.

Immer wieder wird versucht, uns zu spalten, z.B. mit dem Hinweis, ‚es wäre genug für die Griechen gezahlt'. Keine Griechin, kein Grieche ist gerettet, vielmehr sind die Renditen von Banken und Konzernen gesichert worden. Wir widersetzen uns dem Versuch, mit solchen nationalistischen Parolen Beschäftigte, Erwerbslose und Prekäre in Deutschland und Griechenland, in Italien, Portugal und Frankreich oder anderen Ländern gegeneinander aufzuhetzen. (...)
Wir sind Teil der internationalen Bewegungen, die sich seit Jahren gegen die Angriffe auf unser Leben und unsere Zukunft wehren, für soziale Rechte und Alternativen kämpfen, neue Formen von demokratischer Organisierung und solidarischer Ökonomie entwickeln.
Wir widersetzen uns der autoritären Durchsetzung der Spar- und Reformpakete, die in eklatantem Widerspruch zu demokratischen Prinzipien steht, und treten für die Demokratisierung aller Lebensbereiche ein. Wir widersetzen uns der Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen mit Krieg und Rüstungsexport.
Wir widersetzen uns dem kapitalistischen Wirtschaftsmodell, das auf globaler Ausbeutung basiert, notwendig Armut und soziale Ungleichheit produziert und die Natur systematisch zerstört.
Wir tragen unseren Protest, unseren zivilen Ungehorsam und Widerstand an den Sitz der Profiteure des europäischen Krisenregimes nach Frankfurt am Main. Von polizeilicher und juristischer Repression, die Bewegungen an vielen Orten weltweit und auch uns trifft, lassen wir uns nicht einschüchtern, sondern begegnen ihr mit grenzüberschreitender Solidarität.
Setzen wir unsere Solidarität gegen die Politik der Spardiktate! (…) Die Frankfurter Protesttage schließen damit an die weltweiten Proteste des vergangenen Jahres, die Proteste im Frühling in Brüssel und anderswo sowie an die Bewegungen für einen Alter Summit in Athen an. (...)
http://blockupy-frankfurt.org/aufruf/
AKTIONSTAGE: 31.Mai /1. Juni

Walter Baier

Sechs Wochen vor dem Alter-Summit:

Eine neuartige Allianz für ein anderes Europa

Am 7. und 8. Juni findet der Alter-Summit der europäischen Bevölkerungen im Velodrom in Athen statt. Eine **Allianz von mehr als 150 Organisationen** – Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, NGOs und politische Akteuren – aus allen Teilen Europas wird der Öffentlichkeit ein **Manifest** für den Kampf um ein demokratisches und soziales Europa vorlegen.

Schon heute, sechs Wochen vor dem Alter-Summit, stellt sich das **Bündnis** als in dieser Breite neuartig heraus: Erstmals stehen große, traditionsreiche und kämpferische **Gewerkschaften** wie CGT, CSC, FTGB, CGGIL, die CCOO, TUC, CGT-P, Ver.di und viele andere, die ich aus Platzgründen nicht alle aufzählen kann (website: www.altersummit.eu), und die Europäischen Föderationen der Gewerkschaften der Transarbeiter (ETF), der Lehrer (ETUC-E) und der Öffentlich Bediensteten Seite an Seite mit **sozialen Bewegungen**, deren Spektrum von ATTAC, Greenpeace, dem Europäischen Armutsnetzwerk (EAPN), dem Transnational Institute, dem Komitee für die Abschaffung der Schulden der Dritten Welt (CADTM), der Liga für die Menschenrechte, dem Weltmarsch der Frauen bis hin zu den Bewegungen der Prekarisierten, Blockupy und den Indignierten reicht.
Unter den Aufrufern und Unterstützern finden sich **Netzwerke von Wissenschafter_innen**, die EuroMemo-Gruppe, die Économistes Atterrés sowie zahlreiche Künstler und Künstlerinnen.
In acht Ländern haben sich nationale Vorbereitungskomitees für die Mobilisierung gebildet. transform! europe und insbesondere seine Mitgliedsorganisationen aus Griechenland, Frankreich, Portugal und in Italien gehören von der Gründung an zu den Trägern der Bewegung.

Dass die Wahl auf **Athen** als Ort des Alter-Summits fiel, stellt für sich genommen eine politische Botschaft dar, die verstanden wird. Nicht nur, dass in Griechenland die Austeritätsprogramme erstmals mit ihrer ganzen Brutalität angewandt wurden; auch der Widerstand gegen die Politik der Troika erreichte hier ein besonderes Ausmaß und eine neue politische Qualität, die bei den letzten Wahlen zum Ausdruck gekommen ist. Man kann das an der Breite und Vielfalt der auf griechischer Seite in die Vorbereitung des Alter-Summit einbezogenen Kräfte ablesen, die neben den beiden größten Gewerkschaften beinahe das gesamte Spektrum der Zivilgesellschaft und der Solidaritätsarbeit umschließt.

(Altersummit auf dem WSF in Tunis)

Neuartig ist auch, dass die Initiator_innen des Alter-Summit eine **Aufforderung an die politischen Akteure richten**, nicht die Bewegung anzuführen oder zu repräsentieren, aber sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln und nach besten Kräften zu unterstützen. Beantwortet wurde diese Aufforderung bislang vor allem von der Partei der Europäischen Linken, deren Vorsitzender Pierre Laurent sowie deren Vizepräsidenten, darunter auch Alexis Tsipras, zu den Unterzeichnern des Aufrufes für den Alter-Summit gehören. Unterstützung kommt indes auch von einzelnen, in Opposition zur Austeritätspolitik stehenden Mandataren sozialdemokratischer und grüner Parteien.

Die Vorbereitungen für Athen sind bei Fertigstellung dieses Berichts beinahe abgeschlossen. **Programm** und räumliche Voraussetzungen wurden bei einer Sitzung des Koordinierungskomitees Mitte April erarbeitet. Die Einzelheiten der Assemblies, die Liste der Redner_in-nen bei der großen Veranstaltung und der Text des Manifests stehen bei einer letzten Vorbereitungskonferenz im Mai zur Diskussion.

Die Präsentation des über Monate diskutierten **Manifests der Europäischen Bevölkerungen** in Athen wird hoffentlich ein Meilenstein auf dem **Weg zu einer paneuropäischen Bewegung** gegen die neoliberale Zerstörung der Sozialstaaten und der Demokratie, das heißt im Kampf für ein demokratisches, soziales, feministisches und ökologisches Europa sein. Doch es ist kein Selbstzweck. In mehr als einem Dutzend von Assemblies vor und nach der Präsentation soll die Verknüpfung dieses Manifests mit den sozialen und politischen Kämpfen erfolgen, die sich heute in zahlreichen Ländern entfalten – vornehmlich, aber keineswegs ausschließlich des europäischen Südens, sondern auch im Osten und im Norden.

Unter den Initiator_innen des Alter-Summit wird auch die Frage diskutiert, wie Athen mehr als ein einmaliges Ereignis sein könnte, das heißt, auf welche Weise es einen Prozess initiieren könnte, nicht nur der Debatte, sondern des **gemeinsamen, solidarischen Kampfes der linken und alternativen Kräfte für ein anderes Europa.**

http://transform-network.net
(s. dazu SiG 97,98,99,100)

Zur gleichen Zeit in New York: „Mobilising for ecological / economic transformation“ http://www.leftforum.org

Programm des „Altersummit“ in Athen

Freitag, 7.Juni:

12- 14 Uhr: Frauenversammlung

14-16 Uhr: Vernetzungstreffen von Aktiven (Bildung, Gesundheit, Migration, Wohnen,...)

18-21 Uhr: Plenum vom Altersummit (Vorstellung vom Manifest, mehrere Redebeiträge über Kämpfe in Europa)

22-24 Uhr: Kulturelles Programm

Samstag, 8. Juni:

9:30 Uhr bis 12:30 Uhr : **Versammlungen**

- Soziale Krise und Solidaritätsinitiativen gegen die Kürzungspolitik
- Was tun gegen Schulden, Banken, Steueroasen
- Frieden, Militarisierung und europäische Grenzen
- Gegen Armut – soziale Rechte für alle
- Ökologische Herausforderungen und Umgang mit Rohstoffen

13:30 – 16:30: **Versammlungen**

1. Mobilisierungen gegen Faschismus, Rechtsextremismus, Sexismus, Homophobie
2. Was tun gegen Schulden, Banken, Steueroasen
3. Gemeingüter, öffentliche Dienste, Privatisierungen (Wasser usw.)
4. Mobilisierungen gegen die europäische „Wirtschaftsregierung“?
5. Die Angriffe gegen das Arbeitsrecht

Ab 17 Uhr: große europäische Demonstration in Athen

Aktionsakademien (8.- 12. Mai)

Attac Österreich in Wien

WUK 1090 Wien, Währinger Straße 59
http://www.attac.at/events/aktionsakademie.html

Auf der Akademie könnt ihr **alles rund um Aktion und politisches Werkzeug** lernen um in der Öffentlichkeit mit euren politischen Anliegen besser durchzudringen.
Viele verschiedene Workshops und Seminare bieten Raum für das Erlernen und Ausbauen von praktischem Wissen.
E**in buntes, kulturelles und sportliches Rahmenprogramm** sowie **frisch gekochtes, leckeres, vegan/vegetarisches Essen** machen die AktionsAkademie noch abwechslungsreicher und vielfältiger.

Attac Deutschland in Hamburg

Programm:
http://www.attac.de/aktuell/aktionsakademie/aktionsakademie-2013/programm/

Geplante Aktionen:

Freitag: Teilnahme am Freitagnachmittag an den Klimaprotesten des Bündnisses **Gegenstrom 13**
http://www.gegenstrom13.de/

Am **Samstagnachmittag und -abend** wollen wir uns an den Feierlichkeiten des **Alternativen Hafengeburtstags** beteiligen. Mit vielen kleinen Aktionen wollen wir Politisieren und Mobilisieren und zeigen, was wir gelernt und erarbeitet haben.

Im Anschluss feiern wir direkt vor Ort weiter.

Kongress in Berlin, 24.-26. Mai
Umverteilen – Macht - Gerechtigkeit

http://www.umverteilen-macht-gerechtigkeit.eu

31.Mai. - 1. Juni:
Blockupy in Frankfurt am Main

7. - 9. Juni:
ALTERSUMMIT in Athen

ALTER SUMMIT

Sommerakademien

Attac Österreich:

17. Juli bis 21. Juli 2013 in Eisenstadt / Burgenland
Reset Finance!
Wege zu einem gesellschaftlich kontrollierten Finanz- und Bankensystem
http://www.attac.at/events/sommerakademie.html

Attac Deutschland:

24. bis 28. Juli in Hamburg-Bergedorf
Globalisierung 2.0
– Analysen – Aktionen – Alternativen
www.attac.de/sommerakademie